

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1950

21 (25.1.1950)

BADISCHES VOLKSECHO

Aus dem Inhalt:

Super-Atombombe bei gedämpftem Trommelklang
Geschichtsfälschungen des Bundes-Justizministers
Saarvolk zwingt Hoffmann zum Rückzug
Verteidigung des Friedens

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G. m. b. H., Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 415 83. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsstellen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38, Ruf 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/25-01, Karlsruhe, Amalienstraße 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2396, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,06 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77, Städt. Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227, Postcheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsstellen.

Jahrgang 5 / Nr. 21

Mittwoch, 25. Januar 1950

Preis 15 Pf.

Demontagestop-Prozeß fordert unsere ganze Anteilnahme

Die Mobilisation gegen Demontage und Bedrohung der Pressefreiheit muß gesteigert weitergehen
Haftbefehl des Militärgerichts gegen Abg. Lehmann

Hannover. (E. B.) Unter großer Anteilnahme der Bevölkerung Hannovers begann der Demontagestop-Prozeß gegen acht Deutsche. Zahlreiche bewaffnete Polizeibeamte waren vor dem Landgerichtsgebäude und in den Gängen postiert, um den kleinsten Verhandlungssaal, in dem der Prozeß stattfinden sollte, zu „schützen“. Nur einige Pressevertreter waren zugelassen. Für die „Wahrheit“, den Berliner Rundfunk und andere Zeitungen waren keine Karten vorhanden. Einigen Zeitungen wurden die Pressekarten auf Weisung britischer Stellen wieder abgenommen und erst nach energischen Protesten erhielt der Vertreter der „Wahrheit“ Zutritt zum Gerichtssaal.

Die Angeklagten wurden bei ihrem Erscheinen von der Bevölkerung stürmisch begrüßt. Auf Weisung des britischen Oberst Withams, der die Voruntersuchung im Demontagestop-Prozeß geführt hat, machten sich die Polizeibeamten daran, die Menschenmenge, die sich vor dem Gerichtssaal und in den Seitengängen angesammelt hatte, mit Gewalt zurückzudrängen.

Da der Beschuldigte Robert Lehmann infolge seiner Immunität nicht erschienen war, schlug der Anklagevertreter vor, einen Haftbefehl gegen Robert Lehmann zu erlassen. Der Richter lehnte es ab, einen Brief, den Robert Lehmann mit der Begründung, warum er nicht erschienen, an die hohen Kommissare gesandt hatte, als an eine dritte Person gerichtet, anzuhören und gab bekannt, daß ein Haftbefehl ausgestellt wurde, daß dieser aber erst nach der morgen beginnenden Sitzung wirksam würde. Der Antrag des Anklagevertreters wegen des Nichterscheinens Robert Lehmanns, die Verhandlung bis zu dem Tage, wo dieser vorzuführen sei, zu vertagen, wurde nach Einspruch der Verteidigung vom Richter nicht angenommen.

Der Anklagevertreter sagte u. a., daß die Industrieanlagen in Watenstedt-Salzgitter nur zur Kriegsproduktion benützt würden. Der Ankläger erwähnte mit keinem Wort das Potsdamer Abkommen, das doch die Grundlage der Nachkriegspolitik der Alliierten darstellt. Die Frage der Demontage obliegt der Entscheidung der Alliierten auf Grund der bedingungslosen Uebergabe Deutschlands im Jahre 1945. Wenn irgend jemand behauptete er, gegen einen dergleichen Befehl der Militär-Regierung etwas sagt oder dagegen handelt, oder sich der Anweisung widersetzt, so müsse das aufgefaßt werden, als ein Angriff auf das Prestige und die Sicherheit der Alliierten. Der Gesamthalt des Flugblatts sei angetan, zum Nachteil des Prestiges und der Sicherheit aufgefaßt zu werden. Der Ankläger behauptete zum Abschluß, daß ja nicht alles demontiert würde, sondern daß die „Erzgruben“ erhalten bleiben. Es ist jedoch bekannt, daß die bei Watenstedt-Salzgitter gefundenen „Magererze“ nur in der hierfür eigens errichteten Hütte in Watenstedt-Salzgitter verarbeitet werden können.

Nach Verlesung der Anklageschrift wurde in die Beweisaufnahme darüber eingetreten, ob es sich um einen Prima-Face-Fall handle, der vor einem Obergericht verhandelt werden müsse. Zu diesem Zweck hatte der Anklagevertreter eine Reihe Zeugen herangezogen. Bei den bis zur Mittagspause vernommenen drei Zeugen handelte es sich um Personen, die angaben, wegen ihrer politischen Einstellung zur KPD das Flugblatt vernichtet zu haben. Der Zeuge Kaufmann Reinicke sagte, daß er von August Holländer gefragt wurde, ob er nach dem Lesen des Flugblattes den Eindruck gehabt habe, daß das Ansehen der Alliierten geschädigt würde, daß er sich darüber keine Gedanken gemacht habe. Weitere Fragen August Holländers zur Demontage wurden vom Gericht abgelehnt. Der Zeuge machte auch keine bestimmte Aussage darüber, warum er dieses Flugblatt verbrannt habe. Dr. Wilhelm Cohn, der Rechtsberater des Landeskommissars, wurde darüber vernommen, ob die britische Uebersetzung des Flugblattes fair sei. Der Zeuge bestätigte dieses und behauptete, daß er ge-

blatt wegen seiner Gefährlichkeit verbrannt habe. August Holländer fragte, worin er die Gefährlichkeit gesehen habe. Der Zeuge sagte, für ihn sei maßgebend gewesen, daß die KPD Herausgeber dieses Flugblattes sei. Die Frage August Holländers, ob er die KPD als gefährlich ansehe, wurde vom Gericht nicht zugelassen. Erich Jungmann fragte: „Konnten Sie, da das Flugblatt an Sie, als Betriebsratsvorsitzenden gerichtet war, denn allein handeln, oder mußten Sie nicht Ihre Betriebskollegen verständigen?“ Seidel antwortete: „Ich bin nicht verpflichtet, meine Kollegen zu unterrichten, sondern nur meinen Betriebsführer.“

Geschäftsinhaber Wilhelm Besse aus Salder erklärte, daß er das Flugblatt nicht gelesen, sondern als er feststellte, daß es politisch war, sofort zerrissen habe. Er könne allerdings nicht sagen, ob es sich um das Flugblatt

„Fünf Minuten vor 12“ handle. August Holländer fragte, ob er jemals Mitglied einer Partei gewesen sei. Darauf antwortete Besse bezeichnenderweise: „Nach 1945 nicht mehr“.

Erich Jungmann behielt sich vor, zu beweisen, daß der Zeuge eine unrichtige Aussage gemacht habe, da es in seiner Partei im Gegensatz zu den Behauptungen des Zeugen nicht üblich sei, Flugblätter in geschlossenen Umschlägen zu versenden. Wiederholt wies der Vorsitzende des Gerichtes darauf hin, daß die Aussagen dieser Zeugen nur dazu da seien, um festzustellen, ob man die Verhandlung insgesamt oder gegen einzelne der Beschuldigten an das Obere Gericht verweisen müsse. Nachdem der Anklagevertreter angekündigt, daß er noch weitere Zeugen geladen habe, wurde die Voruntersuchung auf 14.30 Uhr vertagt.

Sind die Befehle der Besatzungsmacht unumstößlich?

Von Robert Lehmann, Mitglied des niedersächsischen Landtags

„Es war nicht meine Absicht, mit den Deutschen zu diskutieren. Ich habe den Herren klargemacht, daß die Befehle der Alliierten unumstößlich sind.“ Mit diesen Worten kennzeichnet Generalmajor Bishop den Zweck einer Konferenz, zu der er die Vertreter der Gewerkschaften, Betriebsräte, Unternehmer sowie die Oberbürgermeister der betroffenen Städte geladen hatte. Auch Wirtschaftsinhaber Nötting war zugegen. (Nach „Freie Presse“, Bielefeld, 11. Juni 1948.)

Gestern begann in Hannover die neue Verhandlung im Demontagestop-Prozeß. Warum beschäftigt der Prozeß die Öffentlichkeit des In- und Auslandes auf stärkste? Die Anklage wirft einer Frau und sieben Männern vor, „das Ansehen oder die Sicherheit der alliierten Streitkräfte gefährdet zu haben. Alle acht Angeklagten sind Deutsche, ihrer politischen Ueberzeugung nach sind es Kommunisten. Sie sollen zum passiven Widerstand gegen die Demontage in Watenstedt-Salzgitter aufgerufen haben.“

Die Mehrheit des deutschen Volkes lehnt die von den westlichen Alliierten befohlenen und heute in beschleunigtem Tempo durchgeführten Demontagen ab. Die Vertreter der Besatzungsmächte antworteten: „Die Befehle der Besatzungsmacht sind unumstößlich.“ Worauf stützt sich diese Behauptung?

Nach der Meinung der deutschen Arbeiterklasse und der Mehrheit des deutschen Volkes entbehren die jetzt noch immer ergehenden Demontagebefehle der Westmächte einem berechtigten Wiedergutmachungsanspruch wie auch der Notwendigkeit, Deutschland zu entmilitarisieren. Die jetzigen Demontagen werden vielmehr als „Konkurrenzdemontagen“ bezeichnet.

Volksrepublik China befreit Tibet

Berlin. (E. B.) Die Beseitigung des Einflusses imperialistischer Mächte auf die Politik der Behörde von Lhasa und die Befreiung Tibets durch die chinesische demokratische Volksarmee forderten zahlreiche tibetische Intellektuelle auf einer vom Ausschuß für Nationalitätenfragen in Peking veranstalteten Kundgebung. Der stellvertretende Vorsitzende des Rates der zentralen Volksregierung der Volksrepublik China, Tschu Teh, wies erneut darauf hin, daß die Volksregierung fest entschlossen ist, Tibet zu befreien.

die im Widerspruch stehen zur Gesundung der unabhängigen deutschen Friedensindustrie und einer möglichen Wiedergutmachung aus der laufenden Produktion.

Der Umfang und die zeitliche Begrenzung der Demontagen wurden im Potsdamer Abkommen festgelegt. Die jetzigen Demontagen verstoßen eindeutig gegen das Potsdamer Abkommen, welches auch die Unterschrift des heute noch amtierenden Ministerpräsidenten Großbritanniens, Herrn Attlee trägt.

Das britische Militärgericht wird den Beweis erbringen müssen, daß die vertretene Auffassung: Die Befehle der Besatzungsmacht sind unumstößlich — nicht nur eine machtpolitische, sondern auch eine rechtliche, insbesondere eine völkerrechtliche Grundlage haben. Das aber wird (wie die Praxis der Demontagepolitik lehrt) nicht möglich sein.

Das Gericht kann feststellen, die Besatzungsbehörden in Westdeutschland üben auf Grund des Besatzungsstatuts die „oberste Gewalt“ aus. Aber bekanntlich besteht ein großer Unterschied zwischen Gewalt und ihrer Ausübung im Interesse

des deutschen Volkes oder Gewaltanwendung gegen das deutsche Volk. Im Kampf gegen das Hitlerregime und in Erfüllung der versprochenen und im Potsdamer Abkommen feierlich in einem internationalen Vertrag verbrieften Verpflichtung, Deutschland zu entmilitarisieren und zu demokratisieren, waren Macht und Recht der Besatzungsmächte im wesentlichen in Uebereinstimmung mit den friedlichen Interessen des deutschen Volkes und der ganzen friedliebenden Menschheit — oder konnten es sein.

Kann ein gleiches auch heute noch in Westdeutschland behauptet und bewiesen werden? Wer möchte mit gutem Gewissen der deutschen Nation das Recht auf ihre Souveränität streitig machen? Wer möchte mit gutem Gewissen das Recht des deutschen Volkes auf einen gesamtdeutschen Friedensvertrag und auf den Abzug aller Besatzungsmächte bestreiten? Würde die positive Lösung der letzten Frage nicht der größte Dienst am Weltfrieden sein?

Darum aber geht es im Grunde genommen bei diesem Prozeß. Darum steht das deutsche Volk auf seiten der Angeklagten.

Das Bangen vor der Niederlage in Indochina

„Furchtbar für den französischen Imperialismus, allein Ho Schi Minh und Mao Tse Tung gegenüber zu stehen“

Paris. (E. B.) In Pariser Regierungskreisen macht sich eine wachsende Unsicherheit gegenüber der eigenen Indochina-Politik bemerkbar. Wie auf Kommando haben fast alle Zeitungen das Problem aufgegriffen, um die Vereinigten Staaten und Großbritannien zu beschwören, zu einer gemeinsamen Fernost-Politik überzugehen, worunter sie eine Unterstützung der beiden Staaten im Kampf gegen die Vietminh-Bewegung in Indochina verstehen. Mit dem militärischen Einsatz Frankreichs läßt sich die Freiheitsbewegung Indochinas nicht aufhalten. Deshalb verlangt man eine gemeinsame Widerstandslinie aller Imperialisten in Indochina.

Der „Franc Tireur“ gibt der französischen Regierung den Ratschlag, die Auseinandersetzung Frankreichs mit der Vietminh-Bewegung vor der Sicherheitsrat zu bringen. Daß die französische Indochina-Politik aus dem letzten Loch pfeift, wird bei all diesen Erörterungen offenbar. Der „Franc Tireur“ klagt: „Es ist ungeheuer gefährlich für Frankreich, in Indochina allein zu bleiben und dabei Ho Schi Minh (dem Führer der Vietminh-Bewegung) und dem furchtbaren Mao Tse Tung gegenüberzustehen.“ Das Blatt hätte etwas verständlicher sagen können, den großen chinesischen und vietnamesischen Völkern unter einer Führung wie Mao Tse Tung und Ho Schi Minh gegen-

überstehen zu müssen. Es ist furchtbar für den französischen Imperialismus, seiner kommenden Niederlage ins Auge zu sehen. Nicht weniger furchtbar ist es, im eigenen Land dem tatkräftigen Widerstand des eigenen Volkes unter Führung der Kommunistischen Partei gegen den indonesischen Kolonialkrieg ausgesetzt zu sein.

Angriff auf Hanoi

Tonkin (E. B.) Einheiten der demokratischen Armee Vietnam haben einen Flugplatz der französischen Kolonialtruppen in Hanoi angegriffen. In heftigen Kämpfen mit französischen Truppen vernichteten sie 25 Flugzeuge und ein großes Treibstofflager.

Bandung von Westerlings „Privatarmee“ eingenommen

Westjavas Hauptstadt Schauplatz des Handreichs — Indonesiens Truppen leisteten nur schwachen Widerstand

Bandung. (dpa.) Die kaum vier Wochen bestehende Republik der Vereinigten Staaten von Indonesien wurde am Montag zum ersten Male erschüttert. Der ehemalige holländische Hauptmann Westerling besetzte mit einem Kommando seiner „Privatarmee“, Resten der ehemaligen Kolonialtruppen, gegen schwachen Widerstand der indonesischen Regierungstruppen die westjavanische Hauptstadt Bandung. Einige Stunden später übernahmen holländische Truppen die Kontrolle der Stadt, nachdem sie sich anscheinend mit Westerling verständigt hatten.

Wenige Stunden vor diesem Handreich erklärte Hauptmann Westerling, der angeblich über etwa 15 000 Mann verfügen soll, werde die indonesischen Regierungstruppen in Westjava vernichten, die Regierung Sukarnos verhaften und eine neue Regierung bilden. Westerling behauptet, daß die indonesischen Regierungstruppen eine bewaffnete Unternehmung gegen holländisch Neu-Guinea planten.

Der Reuterkorrespondent in Bandung schildert, wie etwa 8000 Mann von Westerlings „Privatarmee“ in das Stadtzentrum eindringen. Einige Einheiten, die teilmotorisiert und anscheinend reichlich mit automatischen Waffen ausgerüstet sind, werden von holländischen Zivilisten befehligt. Westerlings Streitkräfte gingen, von starkem Maschinengewehrfeuer gedeckt, in Schützenreihen vor und ließen sich durch das Feuer gemischerter Dachschießen nicht aufhalten. Die Verteidigung der indonesischen Regierungstruppen brach sehr rasch zusammen.

Innerhalb einer halben Stunde wurden sie von Westerlings Leuten aus dem Postamt, dem Polizeipräsidium und dem Amtsgebäude des Militärgouverneurs verjagt. In den Straßen und Höfen um das Gouverneursgebäude lagen zahlreiche Tote.

Die Stadt mit 160 000 Einwohnern fiel Westerling wie eine reife Frucht zu. Der Befehlshaber der Regierungstruppen in Bandung war bei Beginn der Aktion Westerlings auf einer Inspektionsreise außerhalb der Stadt, und sein Stellvertreter befand sich bei einem holländischen Divisionstab. Die Truppen Westerlings ließen die holländische Viertel jedoch unberührt. Am Nachmittag hatten die holländischen Truppen die Kontrolle in gan: Bandung übernommen. (nach Reuter.)

Aus Bandung wieder abgezogen

Djarkarta. (dpa.) Die Truppen des ehemaligen holländischen Hauptmanns Westerling haben sich nach einer Verlaubarung der indonesischen Regierung wieder aus Bandung zurückgezogen.

Die indonesische Regierung macht den holländischen Stellen in Indonesien den Vorwurf, auf eine Warnung gegenüber Westerling eine beschwichtigende Versicherung erhalten zu haben, was schuld gewesen sei an der Entblößung Bandung von Streitkräften. In Westerlings Armee sind viele holländische Soldaten, die von den holländischen Stellen nun als Deserteure bezeichnet werden.

Und der Hintergrund?

Die „Privatarmee“ Hauptmann Westerlings und deren Bandenstreiche haben nichts mit der insbesondere in letzter Zeit gemeldeten verstärkten Partisanentätigkeit in Indonesien gegen die Marionettenregierung zu tun. Die „Privatarmee“ Westerlings, die sich aus ehemaligen holländischen Soldaten, die heute zweckmäßigerweise Deserteure genannt werden, zusammensetzt, handelt allen Vermutungen nach unabhängig der gegebenen Dementi im Einverständnis offizieller holländischer Kreise. Es soll nachträglich bewiesen werden, wie „gut“ doch das holländische Kolonialregime, wie groß seine „Sicherheit“ war gegenüber dem Zustand, der jetzt bei ihm.

Eine Bedrohung der Regierung durch die „Privatarmee“ Westerlings könnte auch sehr wohl dazu benutzt werden, den vollständigen Abzug der holländischen Truppen aus Indonesien „begründet“ zu sabotieren.

Japans KP gegen Sonderfrieden

Tokio. Die japanische KP kündigte den schärfsten Kampf gegen alle Versuche an, einen Sonderfrieden ohne die Sowjetunion zu schließen. In einer parteiamtlichen Erklärung heißt es, ein Sonderfrieden würde eine Verletzung des Potsdamer Abkommens bedeuten und einen dritten Weltkrieg herbeiführen. Die Völker hätten großes Vertrauen zu ihrer eigenen Stärke gewonnen, durch die Stärke, die die Sowjetunion im Kampf um den Frieden bewiesen haben.

Im Streiflicht gesehen

Wie staunten da die Gäste . . .

Wien. Höchst überrascht waren die Badegäste eines römischen Bades in Wien, als zwischen ihnen plötzlich uniformierte Polizeibeamte auftauchten und ihnen befahlen, sich nicht vom Fleck zu rühren. Die Polizei mußte diese Institution ausheben, weil das Badeleben von Männern zwischen 18 und 60 Jahren zu „widernatürlichen Praktiken“ ausgenutzt wurde.

15 Polizeibeamte hatten sich vorher im Adamskostüm unter die „Badenden“ gemischt, bis ihre uniformierten Kollegen auf der Bildfläche erschienen. Die Polizei nahm 24 Männer mit, von denen elf in Haft behalten wurden. (nach Reuter.)

„Suleika“ muß vor den Richter

München. Die Münchner Polizei führt gegenwärtig eine Untersuchung gegen die 16-jährige Suleika, die sich auf einem Fest der „Jury-Freien“ am zehnten Januar bis auf ein goldenes Feigenblatt ausgezogen hatte. Auch gegen den Veranstalter und die Mutter „Suleikas“ läuft eine Untersuchung. Die Polizei nennt das Verhalten der Beteiligten „schamlos“ und ist der Meinung, daß damit ein öffentliches Aergernis erregt worden sei. „Suleika“ bekam 50 Mark für die Entkleidungsszene, bei der ihre „Hüllen“ —

sieben Schleier — an das Publikum versteigert wurden.

Kinder im Eis eingebrochen und ertrunken. Geilenkirchen. Etwa 15 Kinder spielten auf dem zugefrorenen Dorfteicher in Birgden, Kreis Geilenkirchen (Westfalen), als plötzlich die Eisedecke brach und zehn Kinder ins Wasser fielen. Der zufällig vorbeigehende Dorfschmied Frick konnte acht Kinder lebend retten. Dagegen wurde die 12-jährige Wilhelmine Scheufgen und die 13-jährige Maria Reinhold aus Birgden nach halbstündiger Sucharbeit nur noch tot geborgen. Der Weiber ist drei Meter tief.

Arbeitslose protestieren

Goslar. In Goslar protestierten am Wochenende die Arbeitslosen dagegen, daß die Unterstützungsgelder nicht acht, sondern vierzehntägig ausgezahlt werden sollen. Eine größere Gruppe besetzte das Goslarer Arbeitsamt und versuchte, den Leiter zu einer Aenderung der Maßnahme zu veranlassen.

Hast am Hochzeitsstige verursachte den Tod. Bologna. Als die 23-jährige Jolanda Fini in Bologna allzu hastig aus ihrem Hause stürzte, um in den Wagen zu steigen, der sie zur Trauung in die Kirche bringen sollte, glitt sie auf der Straße aus und geriet unter die Räder des eben vorbeifahrenden Wagens. Sie war auf der Stelle tot. (nach Reuter.)

Verteidigung des Friedens

Gegen Kriegsvorbereitung auf deutschem Boden!

Es hat lange gedauert, bis „Die Welt“ die sonst so schnelle, ihre Leser von der Tatsache unterrichtet hat, daß nunmehr die „USA-Zone als Ausbildungsplatz für Spezialisten der Westunion“ benutzt wird. Gemeint ist die amerikanisch besetzte Zone in Adenauers und Schumachers Separatstaat Westdeutschland. Und dies, obgleich „Die Welt“ den Nachrichtendienst der in englischer Sprache erscheinenden britischen Zeitung „The Times“ mitbenutzt. Denn in der „Times“ hat diese Nachricht Tage vorher gestanden. Sie war nach London gelangt von Heidelberg aus, dem Ort, der das Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte in Westdeutschland in seinen Mauern birgt. Wodurch ist die Verzögerung zu erklären? Hat „Die Welt“, haben deutsche Schreiber dieses Blattes mit einem Male Scham empfunden, darüber, was da geschieht? Sie hielten es wohl nicht für opportun, darüber zu sprechen. Aber schließlich ließ die Nachricht sich doch nicht länger unterdrücken hier in Deutschland. Es mußte öffentlich ausgedrückt werden: „Die USA-Zone Westdeutschland, die innerhalb des Gebietes des Nordatlantikkpakt liegt, bietet die beste Gelegenheit zur Ausbildung und wird deswegen zu diesem Zweck benutzt werden.“

Nun also werden aus allen Ländern, die Waffen aus US erhalten, Offiziere und Mannschaften, nur „Spezialisten“ in die amerikanisch besetzte Zone des Separatstaates Westdeutschland geschickt werden, um hier von amerikanischen „Spezialisten“ ausgebildet zu werden.

Und warum bietet gerade Westdeutschland „die beste Gelegenheit zur Ausbildung“ der „Spezialisten“ aus anderen Ländern Europas? Weil „Die US-Streitkräfte in Europa“ — „praktisch die in Westdeutschland“ bedeuten. Im Separatstaat der Firma Adenauer-Schumacher sind sie also wie zu Hause.

Die Arbeiter und Intellektuellen in Frankreich z. B. führen machtvolle Kämpfe gegen die Unterordnung ihres Landes unter dem amerikanischen Imperialismus und gegen die Ankunft amerikanischer Waffen. Westdeutschland aber bietet die beste Gelegenheit für „die US-Streitkräfte in Europa“ — „zur Ausbildung und — — — (siehe oben)“.

In Westdeutschland ist Dr. Adenauer Bundeskanzler, der die Remilitarisierung in Form der Aufstellung eines deutschen Kontingents in einer europäischen Armee erwidrigt und im Bunde mit alten Hitler-Generalen an die Verwirklichung seiner Pläne geht. Aber gegen den festen Willen und gegen die gemeinsame Aktion der Arbeiter und gegen die Nationale Front des demokratischen Deutschland wird Adenauer und werden seine Hitler-Generale nichts ausrichten vermögen. Und das wird nicht verfehlen, auch auf alle außerdeutschen Kräfte stärksten Eindruck zu machen. Verteidigung des Friedens, das ist die Losung!

Wer's nötig hat, schmückt sich mit fremden Federn

Bonn. (SID) Die der sozialdemokratischen Partei nahestehende „Rheinische Zeitung“ kann es scheinbar nicht verschmerzen, daß die KPD-Fraktion die Initiative für die Aufhebung der 60prozentigen Gehaltskürzung für Beamte ergriffen hatte. In ihrer Ausgabe vom Freitag, dem 20. Januar 1950, gibt sie eine „dpa“-Meldung wieder, die erstens nach Prüfung des Bonner Büros der Deutschen Presseagentur nicht mit dem Fernschreiben der dpa übereinstimmt und in der zweitens behauptet wird, der Antrag auf Aufhebung der 60prozentigen Gehaltskürzung sei von der SPD gestellt worden. Wie schon festgestellt, handelt es sich um einen Antrag der KPD-Fraktion, der, das soll gern hervorgehoben werden, von einer Reihe von sozialdemokratischen Abgeordneten nach Kräften unterstützt wurde.

Der letzte Ausweg

USA-Kriegsminister Johnson: Militärdienstpflicht gegen Kommunismus

Washington. (Nach dpa, Eigenber.) Mit der Begründung, er wolle die Ausdehnung des Kommunismus in Europa zum Stehen bringen, schlug der USA-Verteidigungsminister Johnson dem Militärausschuß des Repräsentantenhauses die Verlängerung des Gesetzes über die Militärdienstpflicht vor.

Nach diesem Gesetz müssen sämtliche amerikanischen Männer im Alter von 19 bis 25 Jahren 21 Monate Militärdienst leisten. Minister Johnson sieht in der Weiterführung der leberhaften Aufrüstung den einzigen Ausweg für die USA-Imperialisten den wachsenden Widerstand der Völker in Europa gegen ihre Kolonisierung wenigstens „zum Stehen“ zu bringen.

Stalins Friedenspolitik

Moskau. (Nach dpa.) Stalins Friedenspolitik bezwecke, daß das sowjetische System und die übrige Welt auf die Dauer nebeneinander existieren können. Diese Ansicht vertrat der Chefredakteur der „Prawda“, Popelow, am Sonnabend bei einer Lenin-Gedenkfeier in Moskau, an der auch Generalissimus Stalin und der Präsident des Obersten Präsidiums der Sowjetunion, Schewnik, teilnahmen. Stalin wurde bei seinem Erscheinen mit starkem Applaus begrüßt.

Adenauer pfeift Minister Dehler zurück

Bonn. (SID) Bundeskanzler Adenauer distanziert sich in einer von Presse- und Informationsamt seines Kabinetts herausgegebenen Erklärung von den gemachten Äußerungen, die Justizminister Dehler bei der FDP-Tagung in Hamburg gemacht hat. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Das Bundeskanzleramt teilt mit: Nach Berichten der heutigen Morgenpresse insbesondere der „Frankfurter Rundschau“ soll Herr Minister Dr. Dehler in Hamburg Äußerungen gemacht haben, wie z. B., das Ruhrstatut sei innerlich ausgehöhlt und überholt, da seine geistigen Voraussetzungen überhaupt keinen Bestand mehr ha-

Geschichtsfälschungen des Bundes-Justizministers

Herr Dehler verteilt Persilscheine an westdeutsche Schwerindustrie

Nachdem in Schleswig-Holstein vor einiger Zeit der Bundestags-Abgeordnete und Koalitionspartner der Adenauer-Regierung Hedler seine alte faschistische Gesinnung neu vorgetragen hatte, haben nun in Hamburg die Vertreter der FDP, Bundesjustizminister Dr. Dehler, Vizekanzler Franz Blücher und der Vizepräsident des Bundestages Dr. Hermann Schäfer zu tausend treuen Anhängern der FDP von ihrer politischen Ueberzeugung und Zielsetzung einiges bloßgelegt. Der Bundesjustizminister erklärte, daß es nicht stimme, daß die deutsche Schwerindustrie den Nationalsozialismus emporgelassen habe. Nach Friedrich dem Zweiten habe es keine deutsche Aggression mehr gegeben.

Damit hat der Bundesjustizminister den Versuch unternommen, die deutsche Schwerindustrie ihrer Verantwortung für die deutsche Vergangenheit zu entbinden und dabei die deutsche Geschichte auf den Kopf zu stellen. Das Ziel solcher Argumentation ist

klar zu erkennen. Man will die diktatorische Führung des deutschen Finanz- und Monopolkapitals in der Politik, soweit Mr. McCloy es erlaubt, wieder herstellen, indem man die demokratischen Rechte des Volkes noch weiter beschneidet. Das sagte dann auch sehr deutlich Dr. Schäfer, der eine scharfe Erklärung gegen die Opposition abgab und davon sprach, daß die Regierungsparteien fest entschlossen sind, den „Mißbrauch“ der parlamentarischen Regeln durch die Opposition zu beenden.

Zunächst aber müssen wir uns mit der Behauptung des Bundesjustizministers Dr. Dehler auseinandersetzen:

„Es sei nicht wahr, daß die deutsche Schwerindustrie den Nationalsozialismus gefördert habe und daß die NSDAP durch das Geld der deutschen Schwerindustrie an die Macht gekommen sei. Die Gelder der Schwerindustrie seien vielmehr über Hugenberg an alle Parteien gelangt.“ (Frankfurter Rundschau 23. 1.)

Zu diesem Versuch einer Fälschung der deutschen Geschichte müssen wir unseren Lesern und Herrn Dehler einiges ins Gedächtnis zurückrufen. Hitler wurde in den Anfängen der Nazi-Partei von dem Vorsitzenden des bayerischen Industriellen-Verbandes Kuhlo unterstützt. Fritz Thyssen bekannte in seinem Buch „Ich zahlte Hitler“, daß er bereits den Münchener Putsch mit der im Jahre 1923 gewaltigen Summe von 100 000 Goldmark finanziert half. Der Seniochef der westdeutschen Montanfürsten Emil Kirdorf, erzählte in der „Preussischen Zeitung“ am 3. Januar 1937 von den engen Beziehungen, die er seit 1923 zu Hitler hatte und wie er dessen Gedanken in Kreisen der Industrie und Wirtschaft verbreitete. Unter dem Vorsitz desselben Kirdorf faßte das Kohlendyndikat 1931 einen Beschluß, der die gesamte Kohlenindustrie verpflichtete, pro Tonne verkaufte Kohle 5 Pfennige an die NSDAP abzuführen. Das bedeutete Millionensummen. In seinem bereits erwähnten

Saarvolk zwingt Hoffmann zum Rückzug

Dr. Adenauer wartet auf Weisung von McCloy — Handelsvertrag mit Frankreich hinausgeschoben

Saarbrücken. (nach ap) Unter dem Drucke der Entrüstung der Saarbevölkerung sah sich das Landesparlament des Saargebietes gezwungen, die weitere Behandlung der beiden neuen Gesetzentwürfe der Regierung des Ministerpräsidenten Hoffmann (CDU) zurückzustellen. Die Diktaturmaßnahmen, die in diesem Gesetz gegen Andersdenkende angekündigt wurden, stießen auf eine allgemeine Ablehnung, so daß sich selbst der französische Hohe Kommissar im Saargebiet, Gilbert Grandval, genötigt sah, festzustellen, daß „die Schutzgesetze“ geändert werden mußten.

Bekanntlich hatten die Gesetze hohe Geld- und Gefängnisstrafen für alle Saarländer vorgesehen, die Kritik an der Regierung üben, sei es in Form von Reden, Artikeln oder Singen von Liedern. Das Parlament suchte nach einem Ausweg, die Behandlung der Gesetze zu verschieben und nahm den Besuch des Justizministers Heinz Braun in London zum Vorwand, um am Montag die vorgesehene zweite und dritte Lesung hinauszuschieben. Selbst die Pariser Presse erklärte am Montag, daß „es schlechte politische Ratgeber gewesen sein müssen, die den CDU-Hoffmann zum Vorschlag solcher Diktatur-Gesetze bewegen haben, die der Sache der „Autonomie des

Saargebietes“ keinen guten Dienst erwiesen hätten.“ Die Erregung im ganzen Land ist groß und die Basis der Regierung Hoffmann verringert sich, was im Hinblick auf die Verhandlungen am 7. Februar mit der Pariser Regierung ein schlechtes Vorzeichen ist.

Saar-Memorandum Bonns beste Selbstcharakteristik

Bonn. (Nach dpa.) Das sogenannte „Ministerium für gesamtdeutsche Fragen“ in Bonn unterbreitete ein Saar-Memorandum, worin vorgeschlagen wird, die Saar „als zwölftes Land der Bundesrepublik anzugliedern“. In diesem Memorandum wird erklärt, daß die französische Militärregierung bereits 1946 Maßnahmen getroffen habe, die nicht mit den von den Großmächten für das Saargebiet vereinbarten Maßnahmen übereinstimmen. Dazu gehörten die Loslösung der Saareisenbahn, die Liquidierung der Reichsbank, die Schaffung der Saarmark, die Errichtung einer Zollgrenze und die Ausweisung unerwünschter Personen. Durch die Errichtung einer Saargebietverwaltung habe Frankreich die Kohlengruben des Saarlandes in eigene Verwaltung übernommen und die Einnahmen seien Frankreich

zugeflossen. Im Verwaltungsrat dieses Unternehmens seien von 21 Mitgliedern nur 9 Saarländer, und im Exekutivorgan von 12 Mitgliedern befände sich überhaupt keiner.

Von der Saar-Verfassung wird erklärt, „sei von einer Kommission von 20 Personen vorbereitet worden, von denen 10 für den Anschluß an Frankreich gewesen seien. Die Verfassung sei vor den Wahlen praktisch unbekannt gewesen, und sie sei auch nicht der Ausdruck des Volkswillens.“

Das sind die Feststellungen der Bonner Regierung über das Saarland, und wer sie liest, hat den Eindruck, daß diese Darstellung die beste Selbstcharakteristik der Zustände des Bonner Spalterstaates und seiner Regierung ist.

Im Auftrage gewisser Kreise der Amerikaner hetzen deutsche imperialistische Kreise, um bei dem Endgeschäft der Bildung eines Industriekombinats Lothringen-Saar - Ruhr größere Profitsätze herauszuschlagen. Adenauer hat anscheinend von McCloy Weisung erhalten, sich noch nicht genau festzulegen, darum hat der deutsche Unterhändler von Maltzahn, der in Paris die Handelsvertragsbesprechungen führt, die Anweisung erhalten, den Handelsvertrag nicht zu unterzeichnen, um den Druck zu verstärken.

Super-Atombombe bei gedämpftem Trommelklang

Die Sowjet-Union drängt USA in Defensive

Wenn noch das widerliche Stegesegeheul in den Ohren klingt, mit dem die Kriegstreiber in den USA und England mit ihrem Atombomben-„Monopol“ bis zu dem Tage prahlen, an dem Präsident Truman zugeben mußte, daß das vermeintliche Monopol gebrochen ist, der muß feststellen, daß Meldungen über die sogenannte Superbombe die die 100 bis 1000fache Wirkung der Atombombe von Bikini haben soll, nur mit sehr gedämpftem Trommelklang veröffentlicht wurden. Offensichtlich ist den Kriegstreibern nun der Glaube verschwunden, daß sie die Wasserstoffbombe als ihr Monopol in Anspruch nehmen können. Die „New York Herald Tribune“ vom 20. 1. 1950 schreibt ziemlich niederschmetternd in ihrem Leitartikel:

„Eine solche Wasserstoffbombe zu entwickeln würde wahrscheinlich nicht mehr kosten, als die Produktion der Uraniumbombe gekostet hat. Und die Sowjetunion, die die Theorie beherrscht, hat jetzt das

Anfangsproblem der Uranium-Spaltung gelöst und steht wahrscheinlich bei einem Wettlauf, dieses Ziel zu erreichen, mit uns auf derselben Stufe.“

Auch der moralische Einfluß, den die Sowjetunion durch ihr entschlossenes Eintreten für das Verbot der Atomwaffe in zunehmendem Maße gewinnt, scheint auf die Kriegstreiber nicht ohne Einfluß zu bleiben. Vor kurzem hätte man noch kaum in der „New York Herald Tribune“ einen Satz wie den folgenden gelesen:

„Wenn wir die Wasserstoffbombe bauen, werden wir die Verantwortung dafür tragen.“

Vor allem aber ist offensichtlich, daß die Rede Malenkows anläßlich des 32 Jahrestages der Oktober-Revolution eine große Wirkung ausübt, jene Rede, in der er klar und eindeutig ankündigte,

„daß, wen die Kriegsbrandstifter ein neues Menschengezettel organisieren, das Leid der Mütter, Frauen, Schwestern und Kinder auch den amerikanischen Kontinent heimsuchen wird.“

Auf die Wirkung dieser Worte Malenkows ist es sicherlich zurückzuführen, daß sich die „New York Herald Tribune“ in ihrem Leitartikel dazu bequemen muß, festzustellen:

„Wir sollten erkennen, daß die Atomkriegführung an sich der Menschheit nichts anderes bietet als ihre Ausrottung. Die Fähigkeit, 100 Quadratmeilen statt zehn zu zerstören, 1 000 000 feindliche Einzelwesen statt 100 000 mit einem Schlag zu vernichten, wird nicht im geringsten irgendein wirtschaftliches, politisches oder soziales Ziel unserer Gesellschaft lösen ...“

Als ein positives Mittel zur Förderung irgendeines vernünftigen menschlichen Zieles ist die Atomwaffe weniger als nutzlos, und wir sollten an die Frage der Superbombe nicht herangehen, bevor wir zuerst viel klarer als wir dies im Falle der

Uranium-Bombe taten, verstehen, um was es sich handelt, und was wir tun.“

Daß die Kriegstreiber trotz ihres unbändigen Dranges, einen dritten Weltkrieg vom Zaune zu brechen, von dem sie hoffen, daß er sie vor der kommenden Weltwirtschaftskrise bewahren kann, heute eine so gedämpfte Sprache führen, ist ein Zeichen ihrer Schwäche. Dennoch wäre es ein unverzeihlicher Fehler, wenn die Friedenskräfte sich der Illusion hingelassen würden, daß die Gefahr eines Krieges heute schon endgültig gebannt ist. Nachdem die Kriegstreiber durch schwere Niederlagen in die Enge getrieben wurden, bemühen sie sich heute, in die Toga von Friedensengeln eingehüllt, die Massen einzuschläfern, in der Hoffnung, daß doch noch einmal der Zeitpunkt kommen möge, an dem sie ihre Pläne verwirklichen können. Dieser für die Kriegstreiber günstigere Zeitpunkt könnte dann kommen, wenn die Wachsamkeit der Friedenskräfte nicht gesteigert, und ihr Wille zum Kampf gegen die Kriegstreiber und für die Verteidigung des Friedens nicht entschlossener würde. Das gilt vor allem für Westdeutschland. F. U.

Pressestimmen

„Rüstungshaushalt als Wirtschaftsträger“
Manchmal wird gesagt, daß Europa einen niedrigeren Lebensstandard hinzunehmen haben wird. Vielleicht ist es gar nicht der Lebensstandard der Völker, der zu hoch ist. Es mag der Lebensstandard der Regierungen sein. Die Regierungen geben zuviel Geld aus. Es gibt zuviele Beamte, die zuviele nutzlose oder schädliche Aufgaben erfüllen. Es gibt zuviel Regierung. Was Europa braucht, ist, so möchte ich meinen, sogar noch bessere Bezahlung, Anreizzahlung für die Arbeiter, die wirklich arbeiten, und größere Beweglichkeit der Arbeit; und daß die Arbeiter in der Lage sind, die Dinge zu kaufen, die sie oder ihre Frauen und Kinder kaufen möchten.“ Das sind Ausführungen des jetzigen Chefs des Bankhauses J. P. Morgan u. Co., Inc. New York R. C. Leffingwell, die zwar überwiegend an die europäische Adresse gerichtet sind, aber auch für die Vereinigten Staaten an Bedeutung gewinnen. Das Wachstum der Staatsausgaben ist auch in USA erschreckend und im öffentlichen Bewußtsein dringt eine Vorstellung von der Omnipotenz des Staates vor, die alle früheren fiskalischen und psychologischen Hemmungen beiseite schieben. Mehr als 25 Millionen Amerikaner beziehen heute regelmäßige Zahlungen seitens öffentlicher Behörden, des Bundes, der Einzelstaaten oder der Gemeinden. Jeder sechste Amerikaner ist heute ständiger Teilhaber an den Staatsausgaben. Allein der Bund zahlt regelmäßig an 19,3 Millionen Menschen gegen 14,3 Millionen im Jahr 1939; die Staaten und Gemeinden zahlen regelmäßig an 6,4 Millionen, gegen 5,6 Millionen 1939. Regelmäßig im Dienste des Staates stehen 7,6 Millionen, also jeder achte Berufstätige in USA; 4,8 Millionen Kriegsteilnehmer oder deren Angehörige empfangen regelmäßige Zahlungen, 2,9 Millionen Farmer erhalten regelmäßige Subsidien, teils direkt, teils über staatliche Preis-

Buch sagte Thyssen aus, daß die Kohle- und Stahlherren jährlich eine Million Mark an die NSDAP abführten. Andere freiwillige Spenden für die Nazi-Partei beliefen sich auf 2 Millionen Mark jährlich. Außerdem zahlte Alfred Hugenberg als Schatzmeister der Reaktion der NSDAP 20 Prozent der ihm zufließenden Spenden von Unternehmerverbänden und Privatpersonen.

Ein Dokument aber gibt besonders enthüllenden Aufschluß über die geheimen Beziehungen zwischen Finanzkapital und Nazi-Partei. Es sind die Aussagen, die Hitlers Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister Walter Funk in einem Verhör vom 4. bis 26. Juni 1946 vor einem amerikanischen Offizier machte. Funk kam 1931 zur Nazi-Partei als Verbindungsmann eines großen Industriellen-Zirkels unter anderem auch des „Bergbau-Vereins“. Knepper, Kellermann, Vögler, Tengelmann, Diehm, Rosterg als führende Grubenindustrielle, die Bankiers Fischer und Reinhard, Versicherungsunternehmer Schmidt und Hilgard, von Winterfeld (Siemens), Pönsgen (Vereinigte Stahlwerke), Duisberg von I.G.-Farben, Kasl und Herrie von der Leitung des Reichsverbandes der Industrie und viele andere waren dabei, Krupp, von Schröder und Thyssen waren auch dabei. Aber das sind sie noch längst nicht alle. Vertreter von Sprengstoff-AG, Zigarettenfabriken, Schiffreederei, der Maggi AG und das Reichsbahn-Direktorium — alle zahlten an Hitler oder seine Lakaien Riesensummen.

Diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Man könnte sie beliebig fortsetzen. Freiherr von Schröder zahlte die Personen des „Himmeler-Kreises“ auf, und diese Aufzählung erhält 36 Namen, und die Vertreter aller Zweige der großen Industrie. Diese Dinge und viele andere beweisen: Hitler und die Schwerindustrie, das war ein festes Bündnis. Auch dem Bundesjustizminister wird es nicht gelingen, diese Tatsache ungeschehen zu machen.

Eine weitere haarsträubende Behauptung des Dr. Dehler ist diese:

„Nach Friedrich dem Zweiten habe es keine deutsche Aggression mehr gegeben.“ (Frankfurter Rundschau 23. 1. 1950)

Am 1. September 1939 verkündete Hitler vor dem versammelten Reichstag seine Kriegserklärung und erklärte, daß er in den sechs Jahren seiner Arbeit am Aufbau der deutschen Wehrmacht 90 Milliarden Mark für die Aufrüstung ausgegeben habe. Kanonen sind wichtiger als Butter, hieß die Parole von Göring und der Hitlerminister, Dr. Schacht sagte:

„Je weniger konsumiert wird, umso mehr Arbeit kann für die Rüstung verwendet werden.“

Aus Arbeitergroschen wurden die „Kraft durch Freude“-Schiffe gebaut, um Truppen-transportschiffe zu haben. Dreihunderttausend Sparer wurden um etwa 1 440 000 RM betrogen, die man ihnen für Volkswagen abgeschwindelt hat, die sie nie erhielten und nie erhalten werden. 3,3 Milliarden Mark wurden für den Bau für Autostraßen aus den Sozialversicherungsbeträgen gestohlen und aus dem Fonds der Invaliden- und Angestelltenversicherungen wurden 10 Milliarden für Kriegszwecke verwandt. Die Gewinne der Industrie waren ins Ungemessene gestiegen und sind während der Kriegsjahre noch mächtiger angeschwollen. Hitler aber, als die Aufrüstung abgeschlossen war, überfiel ein Land nach dem anderen in Europa und seine Auftrag- und Geldgeber waren sehr damit einverstanden. So hatten sie es gewollt, und Hitler hatte, wie sein Vorgänger Wilhelm II. für ihr Geld getan, was sie von ihm verlangt hatten.

Wenn heute die reaktionären Parteien und Bundesminister bestreiten, daß eine deutsche Aggression die zwei Weltkriege verursacht hat, um uns hier nur auf sie zu beschränken, dann dienen sie damit der Vorbereitung eines dritten Weltkrieges, den die Schwerindustrie zur Erreichung ihrer imperialistischen Ziele für nötig hält. Deutschland aber braucht den Frieden. Im Interesse des deutschen Volkes liegt es, daß die Fehler der deutschen Geschichte klar erkannt und ihre Ursachen, soweit sie fortbestehen, beseitigt werden. Dazu gehört die Bestrafung der kriegsverbrecherischen Trust- und Konzernherren und der Junker, wie sie in der Deutschen Demokratischen Republik längst schon erfolgte. E. M.

In den USA werden Telefonleitungen abgehört
Es wird nicht abgestritten, daß das FBI (Bundesamt zur Überwachung der Öffentlichkeit, d. Red.) in einer beschränkten Zahl von Fällen und mit der ausdrücklichen Genehmigung des Generalstaatsanwaltes Telefonleitungen abhört. Es tut dies unter einer weiten Auslegung des Gesetzes über die Nachrichtenübermittlung des Jahres 1934 ... Die Versuche des FBI, sich aus der Falle zu befreien, sind schwerlich als würdig zu bezeichnen. Das Gedächtnis ihrer Agenten war außergewöhnlich verschwommen einige Unterlagen waren zerstört worden, und es scheint, daß der erste Gerichtshof, der über Miß Coplon verhandelt hatte, in der Frage des Abhörens zu einem falschen Schluß gekommen war.

Eine Anzahl vergeblicher Versuche wurden gemacht, um einen unwilligen Kongreß zu überreden, staatliches Abhören salonfähig zu machen ... Viele New Yorker, darunter Mitglieder der Bar Association (eine Vereinigung von Juristen, d. Red.) glauben, daß die Polizei in unbedeutenden Fällen zum Abhören Zuflucht nimmt, die die Verletzung des Postgeheimnisses und die Gefahr des Mißbrauchs nicht rechtfertigen. Sie nehmen an, daß eine beträchtliche Anzahl von Fällen existiert, in denen ohne Genehmigung abgehört wird.

„The Economist“



Die Angeklagten des Demontagestop-Prozesses

Die Demontage der Reichswerke

In Watenstedt-Salzgitter verlieren Zehntausende ihren Arbeitsplatz
Hunderttausend werden der Not und dem Elend preisgegeben

Helft Watenstedt-Salzgitter durch Taten

„Wenn wir Watenstedt-Salzgitter wirklich helfen wollen, dann gibt es dafür nur eine erlösende Tat. Watenstedt-Salzgitter kann geholfen werden durch die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, der wirtschaftlichen und politischen Einheit unserer Nation. Die Lebensgrundlage dieses Wirtschaftsgebietes waren die Absatzmöglichkeiten im Bereich der Deutschen Demokratischen Republik, im mitteldeutschen Raum.“

Diese Erklärung gab der kommunistische Abgeordnete Fritz Rische ab, bei der Diskussion im Bonner Bundesparlament, Watenstedt-Salzgitter als Notstandsgebiet zu erklären. Rische sagte weiter, „wenn Sie dieses natürliche Absatzgebiet nicht erschließen, können alle Maßnahmen für Watenstedt-Salzgitter keine echte Hilfe bedeuten, dann werden Sie feststellen müssen, daß sich hier ein Faß ohne Boden aufbaut. Dann werden die Gelder aus dem Bundesgebiet nicht ausreichen, um die dortige Notlage wirklich zu beheben. Die kommunistische Fraktion wird den Antrag, Watenstedt-Salzgitter zum Notstandsgebiet zu erklären, unterstützen, obwohl sie der Meinung ist, daß hier platonisch etwas versprochen wird, ohne eine grundsätzliche Lösung zu finden.“

Rische stellte klar heraus, daß die Ruhrindustriellen kein Interesse daran gezeigt hätten, Watenstedt-Salzgitter wirklich zu helfen, da ihnen die Ausschaltung der Konkurrenz von Watenstedt-Salzgitter ebenso recht sei, wie denen, die die Demontage veranlaßt haben. Hier handele es sich nicht um eine übliche Konkurrenz-Demontage, sondern um eine strategische Demontage im „kalten Krieg“. „Nicht umsonst“, erklärte Rische, „spricht man immer wieder auch an dieser Stelle von dem besonderen Charakter der Notlage in diesem Gebiet und verweist darauf, daß die großen Werke nur wenige Kilometer von der Deutschen Demokratischen Republik entfernt sind. Aber nicht von der Deutschen Demokratischen Republik, der Sowjetunion und den Volksdemokratien droht Gefahr, sondern von den Mächten, die sich als Grahshüter der Freiheit und Förderer der wirtschaftlichen Gesundung bezeichnen.“

„Während Sie hier reden“, rief Rische aus, „hat die Werksleitung der ehemaligen Reichswerke Watenstedt-Salzgitter mit den Wirtschaftsbehörden der Deutschen Demokratischen Republik unterdessen zwei Lieferverträge abgeschlossen, um durch Millionenaufträge der notleidenden Belegschaft dieses Werkes echte Hilfe zu bringen. Das nenne ich wahrhafte Hilfe und das nenne ich patriotische Pflichterfüllung!“

Dieser Satz des Abgeordneten Rische hinterließ bei den anderen Parteien des Bundestages beschämtes Schweigen, die vorher alle Möglichkeiten verschiedener Projekte für dieses Notstandsgebiet propagiert hatten. „Die Arbeiter von Watenstedt-Salzgitter kämpfen um ihr Werk und sie haben die Unterstützung der Arbeiter und aller Patrioten von ganz Deutschland“, erklärte Fritz Rische zum Schluß.

Der Antrag, Watenstedt-Salzgitter zum Notstandsgebiet zu erklären, wurde vom Bundestag einstimmig angenommen.

Aufbau aus eigener Kraft

Wer erinnert sich angesichts der zerstörten Anlagen von Watenstedt-Salzgitter nicht an das Geschrei der westlichen Hilfskräfte über die Demontage im Osten Deutschlands. Das war vor drei Jahren, als die Rüstungsindustrie im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik gemäß dem Potsdamer Abkommen zerstört wurde. Keine bürgerliche Zeitung meldete damals, daß die Sowjetunion eine Reihe der gemäß dem Potsdamer Abkommen zu demontierenden Betriebe nicht demontierte, sondern als Sowjet-AG.s in eigene Regie übernahm. Die Betriebe blieben stehen und dem deutschen Arbeiter blieb sein Arbeitsplatz erhalten. Viele dieser Betriebe sind inzwischen wieder in deutsche Hände zurückgekommen, heute gehören sie als volkseigene Betriebe den Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik. Andere Betriebe wurden wieder neu aufgebaut. Sie alle zusammen tragen dazu bei, den Volkswirtschaftsplan zu erfüllen und das Leben der Werktätigen in der DDR zu verbessern. Ohne Marshallplan-Verschuldung, ohne Erwerbslosigkeit wird im Osten Deutschlands die Wirtschaft aus eigener Kraft aufgebaut.

Vor wenigen Tagen erst hat die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik den von der Regierung verabschiedeten Gesetzentwurf über den Wirtschaftsplan 1950 einstimmig angenommen. Die nackten Zahlen dieses Planes vermitteln ein Bild über den Aufbau und Aufstieg, der sich in der Deutschen Demokratischen Republik vollzieht, während Westdeutschland in kolonialer Abhängigkeit die ganze Schwere der kapitalistischen Wirtschaftskrise zu kosten bekommt.

Die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1950 schafft die Voraussetzungen für einen umfassenden Neuaufbau der Wirtschaft mit dem eine stetige Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung unmittelbar zusammenhängt.

Die gesamte Industrieproduktion wird 1950 103 Prozent des auf der gleichen Preisgrundlage berechneten Industriewertes des Jahres 1936 erreichen. Mit der angestrebten Steigerung der Produktion wird gleichzeitig für eine verstärkte Verbesserung der Qualität aller Waren gesorgt.

Zur Erfüllung des Planes ist die Erhöhung der Gesamtzahl der im Wirtschaftsprozess stehenden Arbeitskräfte, der zweckmäßigste Einsatz der Fachkräfte und die Steigerung der Arbeitsproduktivität erforderlich. Während in Westdeutschland sich täglich die Erwerbslosenzifferen erhöhen, macht sich die Deutsche Demokratische Republik Sorgen um Arbeitskräfte. Die staatlichen Investi-

Auf einer Erzbasis von 3 Milliarden Tonnen wurden 1937 die

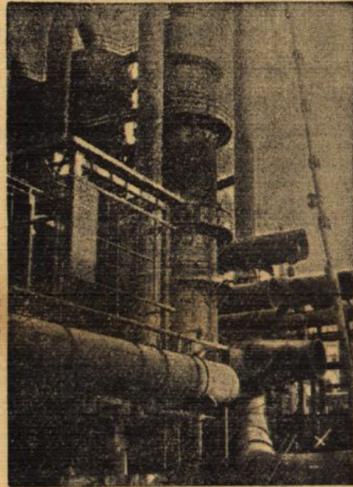
„Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten“

errichtet. Jahrzehntlang waren die Erzlagerstätten im Salzgittergebiet im Besitz der Eisen- und Stahlkonzerne der Ruhr, ohne daß systematische Aufschlußbohrungen zur Feststellung der Erzvorräte durchgeführt wurden.



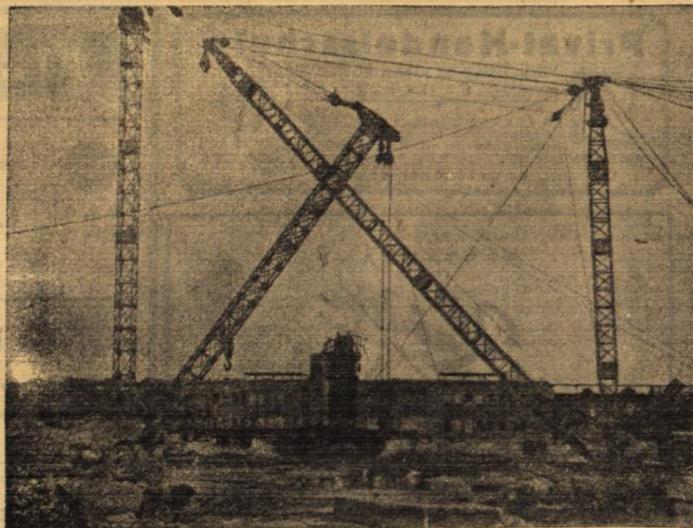
Ihre einstigen Besitzer, Krupp, Hösch, Gutehoffnungshütte, Mannesmann und die Vereinigten Stahlwerke, beschränkten die Förderung und Verhüttung auf ein Minimum. Erst in der Vorbereitung des verbrecherischen Hitlerkrieges wurden die Reichswerke erbaut, finanziert aus Staatsmitteln, die aus dem Steueraufkommen, der Sozialversicherung und anderen Abgaben der Bevölkerung stammen. Aufgebaut von schaffenden Menschen aller Berufsschichten. Nach den neue-

sten wissenschaftlichen Methoden der Forscher arbeitend, wurden diese Werke geschaffen.



Colonel Brabner Smith, ein früheres Mitglied der Legal Division der US-Militärregierung, stellte fest:

„Jeder, der an der Demontage teilnimmt, ob Arbeiter oder Arbeitgeber, macht sich nach den in Nürnberg festgelegten und in Anwendung gebrachten Grundsätzen eines Verbrechens schuldig.“

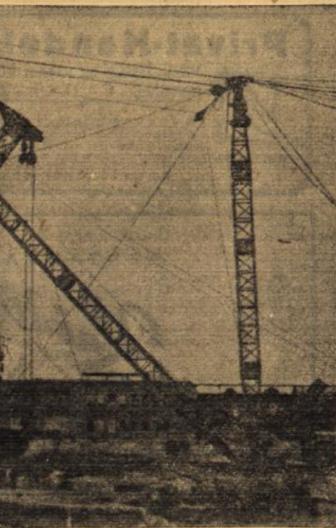


Wo früher in rastloser Tätigkeit Zehntausende von Menschen aus den Erzen Stahl und aus dem Stahl die Walzwerkzeugnisse herstellten, da verrichten heute die Demonteur ihr vernichtendes Werk. Die langen

So sieht heute das Stahlwerk Hütte aus. Die Siemens-Martin-Oefen und die Konverter wurden rücksichtslos demontiert.

Die Qualität der erzeugten Stahlwaren waren der Ruhr durchaus gleichwertig. Das Verhältnis des erzeugten Thomas-Stahls zum Siemens-Martin- und Elektro-Stahl zeigt eindeutig die Tendenz zur Produktion von Massenstahl, den die Wirtschaft heute so dringend benötigt.

Eine Thomasschlackenmahl-Anlage mit fünf Millionen Aggregaten hätte unserer



Schwenkmasten, die hohen Demontagerüste erheben sich mahndend in den Himmel. „Wer die Reichswerke demontiert, demontiert unsere Existenz und unser Leben“, sagten die Arbeiter in ihren Protestversammlungen.

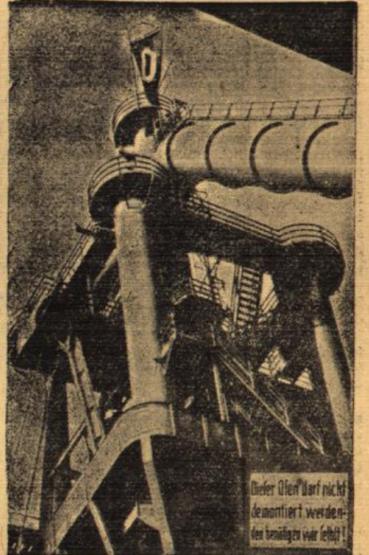
onen werden für das laufende Jahr 2,35 Milliarden Mark betragen. Damit wird die ursprünglich für den ganzen Zweijahresplan vorgesehene Investitionssumme weit überschritten und das Volkseigentum vergrößert. Der Landwirtschaft ist das Ziel gesetzt, in diesem Jahr die Durchschnittsergebnisse der Friedensjahre 1934 bis 1938 zu erreichen und den Viehbestand bei Schweinen und Großvieh auf die Vorkriegshöhe zu bringen. Durch die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1950 wird eine weitere Voraussetzung geschaffen, um am Ende dieses Jahres die Rationierung mit Ausnahme für Fleisch und Fett aufzuheben. Gleichzeitig wird die Bewirtschaftung für den größten Teil der heute noch auf Punktkarte zu beziehenden Gebrauchsgüter schrittweise aufgehoben. Die Erfüllung des Planes bringt die Wiederherstellung der Friedenswirtschaft aus eigener Kraft zum Abschluß, die ohne Verschuldung an das ausländische Monopolkapital erreicht wurde.

Zwölf Hochöfen mit je 750 Kubikmeter Fassungsraum bildeten das Kernstück der Reichswerke. Bis auf drei sind sie heute demontiert und demoliert. Das in den Hochöfen anfallende Gichtgas wurde in den Entgichtungsanlagen gereinigt und stand als Brennstoff und Energiequelle den Hochöfen, der Kokerei, den Stahl- und Kraftwerken zur Verfügung. Wärmewirtschaftlich wurde hierdurch nicht nur Kohle gespart, sondern das sonst zum Verbrauch kommende Kokerei-Gas für die Ferngasbetriebe freigemacht.

Wertvolle Hochöfennebenprodukte wurden in den Schlackenverwertungsanlagen weiterverarbeitet, z. B. Schlackenstein oder Schlackensand, Isolierstoffe, Packlager Schott, Splitt, Hochofenzement und Hüttenbims. Das alles kann nun nicht mehr hergestellt werden, denn die noch verbliebenen drei Hochöfen bilden nicht einmal mehr eine komplette Hochofengruppe.

Nationale Solidarität mit den Kämpfern gegen die Demontage!

Denk' daran! Hilf dem Verteidigungskomitee! Geldspenden sind zu richten an das Postsch.-Konto Hannover Nr. 106 699 (Robert Lehmann für Verteidigungsfond).



„Dieser Ofen darf nicht demontiert werden, den brauchen wir selbst“, schrieben die Arbeiter auf ein Schild. Auch die schwarze Demontagefahne, die zeitweilig auf dem Industriegiganten wehte, konnte das Verhängnis nicht verhüten. Die Demontage wird fortgesetzt zum Schaden des deutschen Volkes.



Umsonst waren die Rufe der Belegschaft an die Bonner Spalterregierung. In unverantwortlicher Weise wurden den Arbeitern Versprechungen und Zusicherungen gemacht. Ein Tag vor Weihnachten wurde der endgültige Befehl der Militärregierung bekanntgegeben, auch den Hochofen Nr 5 zu demontieren.

Wirkliche Hilfe für Watenstedt-Salzgitter

Hannover. Ein zweites zwischen dem Ministerium für Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik und den ehemaligen „Reichswerken“ Watenstedt-Salzgitter abgeschlossenes Lieferabkommen wurde vom Niedersächsischen Außenhandelskontor genehmigt. Das Abkommen sieht die Lieferung von Lagermaterial, Kabel, Motoren und Oberbaumaterial im Werte von 2,5 Mill. DM vor. Mit der Lieferung in die Deutsche Demokratische Republik wird in Kürze begonnen. Während durch diesen Auftrag einer größeren Anzahl von Werktätigen des Watenstedt-Gebietes für einen längeren Zeitraum die Weiterbeschäftigung gesichert wird, ist das einzige Ergebnis der kürzlichen „Beratungen“ Adenauers ein nichtssagendes Kommuniqué, von dem kein Arbeitsloser Salzgiters satt werden kann. Die „Verhandlungen“ werden von alliierter Seite bereits völlig offen als „wenig aussichtsreich“ bezeichnet.

Freier Handel mit der Deutschen Demokratischen Republik würde Existenz und Aufblühen auch für Watenstedt bedeuten. Die Hohen Kommissare wollen jedoch anders und diese Entscheidung läßt immer drohender die Gefahr des Existenzverlustes über den Köpfen der noch in Arbeit stehenden Werktätigen schweben. Einstellung der Demontage und freier Gütertausch mit dem Osten bedeuten den einzigen Ausweg.

„Wir begrüßen, daß nicht nur in Deutschland die Protestbewegung gegen die Anklage im Demontagestop-Prozess wächst, sondern daß auch in Frankreich, in Holland und anderen Ländern, vor allem aber, daß auch in Großbritannien die fortschrittlich und freihetlich gesinnten Menschen gegen die Anklage Protest erheben. Hieran erkennen wir, daß, wenn das deutsche Volk geschlossen für seine nationalen Rechte, für den Frieden und für eine einheitliche demokratische Republik kämpft, es auch der Hilfe aller Friedensfreunde in der Welt gewiß ist.“

(Max Reimann auf der Massenkundgebung gegen den Demontagestop-Prozess in Hannover.)

„5 Minuten vor Zwölf!“ so heißt es in dem Aufruf der KPD Niedersachsens. „Die Demontage der Reichswerke kann verhindert werden“. Das ist der Grund, weshalb acht Redakteure und Arbeiterfunktionäre vor einem britischen Militärgericht erscheinen mußten.

„Dem Vernichtungswerk muß Einhalt geboten werden“, das war und ist ihre Auffassung. Hinter den acht Angeklagten steht der größte Teil Deutschlands, denn es geht um das Recht, für die Interessen des Volkes einzutreten. Es geht um das Recht der Pressefreiheit, es geht um die Unabhängigkeit und Selbständigkeit. Deswegen die millionenfache Forderung:

Keine Demontagen mehr — keine Verfolgung und Bestrafung von aufrechten Deutschen — keine Beeinträchtigung der Pressefreiheit — Deutsches Recht für die Deutschen!

MANHEIM

Demontage in der BASF „besorgniserregend“

Ludwigshafen. (Eig. Ber.) Durch den Betriebsrat der BASF wurde am Mittwoch eine Pressekonferenz durchgeführt...

In der Konferenz wurde durch den Betriebsrat bestätigt, daß ernste Besorgnis über den Umfang der Demontagen in der Anilin bestände...

Der Betriebsratsvorsitzende Lorenz hat allerdings in der Pressekonferenz nicht gesagt, was der Betriebsrat zu tun gedenkt...

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“ Die Jahreshauptversammlung des T. V. „Die Naturfreunde“ findet am Freitag, den 27. Januar, abends 19 Uhr...

„Wollen Sie mich auf die Schippe nehmen...?“

meinte die wegen Landstreicherei und Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagte S. in der Verhandlung vor dem Amtsgericht...

„Ich habe ein bißchen geschaukelt, und wenn ich angetrunken bin, werde ich halt bössartiger“ meinte sie trübselig...

Als die beiden Schutzleute sie aufforderten, mit auf die Wache zu kommen, beschimpfte sie diese in der unflätigsten Weise...

Unerwartete Punkteilung in Lampertheim

Eine nicht erwartete Punkteilung gab es beim Verbandsspiel der badischen Oberliga im Mannschaftsspielen in Lampertheim...

Recht interessant verspricht nun die Schlusphase der Mannschaftskämpfe der nordbadischen Landesliga zu werden...

Table with 4 columns: Team Name, Points, Goals, Assists. Rows include AC Germ. Ziegelh., VfK 08 Ottersh., SG Hemsbach, ASV Ladenburg, AC Germ. Rohrbach, ASV Eppelheim, KSV Schriesheim.

In der südbadischen Landesliga kam es an diesem Wochenende lediglich zu zwei Verbandsspielen...

So endete ein Theater-Gutachten

Der Stadtrat beschließt die Fortführung des Theaters mit einer Million DM jährlichem Zuschuß

Das vor wenigen Wochen unter Auschluss der Öffentlichkeit im Stadtrat zu einem kurzen Leben erweckte „Kurfürstliche Gemeinschaftstheater“ wurde in der gestrigen Stadtratssitzung in aller Öffentlichkeit wieder zu Grabe getragen...

Stadtrat Weber war auch der einzige von den in die Debatte eingreifenden Rednern, der nicht zu dem Antrag der Stadtverwaltung mit einer Art fatalistischer Einstellung...

Allgemeine Funktionärkonferenz

des Stadtkreises Mannheim am Samstag, den 28. Januar, 15 Uhr, in der Kantine der Motorenwerke.

Thema: „Die Resolution der 14. Tagung des Parteivorstandes der KPD“.

Referent: Genosse Fritz Salm Mdl. Alle Funktionäre und aktiven Genossen sämtlicher Parteieinheiten sollen an dieser wichtigen Konferenz teilnehmen.

„Die Resolution der 14. Tagung des Parteivorstandes der KPD“.

Wieder in Deutschland, suchte er Arbeit und Wohnung — und fand sie nicht. Eines Tages erinnerte er sich daran, daß er aus seiner Praxis auch andere Möglichkeiten des Geldverdienens kannte...

Der 22-jährige, wegen erschwerter Diebstahls angeklagte K. versuchte es auf die bewährte Tour. Er sei aus dem Osten geflüchtet, weil er Angst hatte in ein Bergwerk verschleppt zu werden...

Er war aus dem Osten getürmt. Der 22-jährige, wegen erschwerter Diebstahls angeklagte K. versuchte es auf die bewährte Tour...

Die Zustimmung erteilte, sondern der auch auf Möglichkeiten hinwies, die eine Weiterführung des Nationaltheaters garantierten...

Die Redner der anderen Fraktionen, die alle dem Antrag der Stadtverwaltung zustimmten, setzten anscheinend große Hoffnungen auf eine Erhöhung des Staatszuschusses...

Die Visitenkarte hob das Renommée

Der 21-jährige Georg aus Mannheim hat bereits eine ziemlich bewegte Vergangenheit. Besondere Daten: Bei der Kapitulation war er ausgebombt und von den Eltern verstoßen...

Wieder in Deutschland, suchte er Arbeit und Wohnung — und fand sie nicht. Eines Tages erinnerte er sich daran, daß er aus seiner Praxis auch andere Möglichkeiten des Geldverdienens kannte...

Lach' Dich g'sund — beim Arbeiter-Sängerbund

Ganz groß ging es am Samstag beim Kappenabend des Arbeiter-Sängerbundes zu. Der Narrenpräsident Fr. Hertweck mit seinem närrischen Gefolge hatte es verstanden...

Sängervereinigung feiert Fasching. In den geschmackvoll und bunt dekorierten „Flora“-Sälen in der Lortzingstraße herrschte am Samstagabend eine gehobene Stimmung...

Polizei-Streiflichter

Mitten in der „Arbeit“ gestört. Pech hatten drei Ausländer, die in den frühen Abendstunden in der Lüderitzstraße in Rheinau erwischt wurden...

Sechs Monate Jugendgefängnis für Waffenbesitz. Mannheim. (Lwb.) Ein amerikanisches Gericht verurteilte am Freitag den achtzehnjährigen Mannheimer Mechaniker Günther Koch wegen Waffenbesitzes...

17-jährige von Transmission „skalpiert“. Gschwend. (Lwb.) Die in der Welzheimer Kleiderfabrik tätige 17-jährige Näherin Sylvia Kankow wurde kürzlich von der Transmission ihrer Nähmaschine buchstäblich skalpiert...

Sie hatten kein „Schwein“. Hüfingen b. Donaueschingen. (Lwb.) Eine Familie der Ortschaft Hüfingen im Kreis Donaueschingen, die in bescheidenen Verhältnissen lebt...

Typisch für westzonenische „Rechtsprechung“. Stuttgart. Nach jahrelangem Kampf gelang es jetzt, die 1947 von der Spruchkammer Feuerbach zu zwei Jahren und 1948 zu vier Jahren Arbeitslager verurteilte Widerstandskämpferin Gertrud Müller zu rehabilitieren...

Die Abteilung IIIW der Stadtverwaltung (Entscheidungsstelle für Wohnungsbeschwerden), die bisher in der Luisenschule untergebracht war, wird am Mittwoch, den 25. Januar 1950 nach dem Rathaus K 7, Zimmer 201, verlegt...

Privat-Handelsschule VINZ STOCK Inh. u. Leiter: Dr. W. HPAUB Mannheim, C 4, 11 - Telefon 50012

RESTAURANT Zwädler am Gockelsmarkt N4.15 Das Lokal, von dem man spricht!

WIEDERERÖFFNUNG der Hof-Apotheke A. O. E. MERK Mannheim, C 1, 4 - Breite Straße Seit Dienstag, den 24. Januar 1950 Apotheker Ulrich Merk

FILMTHEATER. Die roten Schuhe. Tarzan's Abenteuer in New York. Ich mach Dich glücklich. Jm Banne des Monte Miracolo. Billige KLEIDERSCHRÄNKE. Uhren-Reparaturen.

Frauen kämpfen um ihre wirtschaftlichen Rechte

Auf der Ratstagung der Internationalen Demokratischen Frauenföderation in Moskau wurde festgestellt, daß die Frauen in allen Ländern zusammen mit ihren Arbeitskollegen in den Gewerkschaften, mit der ganzen Arbeiterklasse und den demokratischen Organisationen für die Verbesserung ihrer Existenzbedingungen und für die Verteidigung ihrer Rechte kämpfen.

Die Lage der Frauen in den kapitalistischen Ländern ist sehr schwer. Der Marshallplan führt zu immer größerer Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Zahllose Frauen verlieren ihren Arbeitsplatz, ihre Löhne sind denen der Männer nicht gleichgestellt, selbst dort nicht, wo die Verfassung des Landes gleiches Recht für Mann und Frau garantiert.

In England werden die Frauen aus den Verkehrsunternehmen entlassen. An der Eisenbahn arbeiten gegenwärtig nur noch 38 000 Frauen gegen 47 000 im Jahre 1948.

In Holland müssen nach einem Regierungs-Rundschreiben alle verheirateten werktätigen Frauen vom 1. Januar 1950 entlassen werden.

In Belgien erreicht die Zahl der arbeitslosen Frauen ein Viertel der Gesamtzahl der Arbeitslosen.

Die Tagung der Fortschrittlichen Partei in Amerika hat am 19. September 1949 eine Resolution angenommen, in der gesagt wird, daß man im Frühjahr 1949 auf fünf Millionen Arbeitslose in den Vereinigten Staaten 2,5 Millionen, also die Hälfte, Frauen rechne.

„Nach dem Krieg“, sagt die Resolution, „hat die Massenentlassung von Frauen begonnen, weil die großen Gesellschaften der Frau das Recht auf Arbeit nehmen wollen. Noch im Jahre 1947 waren 32 Prozent aller Arbeiter des Landes Frauen. Zwei Millionen werktätige Frauen, die ihre Männer verloren hatten, unterhielten im April 1948 ihre Familien durch ihre Arbeit — fast die Hälfte von ihnen hatten Kinder, die noch nicht zur Schule gingen. Die Kinderkrippen und Kindergärten der Vereinigten Staaten sind inzwischen fast vollständig aufgelöst. Viele Frauen haben kein Recht auf Arbeitslosenunterstützung. Die Löhne und Gehäl-

ter der Frauen liegen durchschnittlich um ein Drittel unter denen der Männer bei gleicher Arbeit.“

Die Tagung der Fortschrittlichen Partei hat folgende Forderung aufgestellt: Annahme des Gesetzes durch den Kongreß „Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit“, die Schaffung eines weiten Netzes von Kinderkrippen und Kindergärten, Sozialversicherung für alle Frauen, Mindestgehalt für die Hausfrauen und die landwirtschaftlichen Arbeiterinnen, Verbot jeder Zurücksetzung von Frauen in den Technischen- und den Berufsschulen.

In den Vereinigten Staaten forderte die Erste Tagung des Kongresses der Frauen Amerikas auf, gegen das hohe Militärbudget der Regierung zu kämpfen und zu verlangen, daß die Regierungsmittel dazu verwendet werden, die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen, statt Kriegsvorbereitungen mit ihnen zu treffen. Der Kongreß der

Frauen stellte ebenfalls fest, daß die Männer durchschnittlich um ein Drittel mehr verdienen, als die Frauen, und daß selbst ein nichtqualifizierter Arbeiter um 20 Prozent mehr Lohn erhält als die Frauen. Der Kongreß will mit allen Kräften für „Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit“ kämpfen. Er verlangt weiter, daß ein Gesetz geschaffen wird, das die Zurücksetzung der Frauen auf allen Gebieten des Lebens verbietet. In den Vereinigten Staaten sind nahezu 1000 Gesetze in Kraft, die die Rechte der Frauen einschränken.

„Wir brauchen Wohnungen und Spielplätze für unsere Kinder und keine Schlachtfelder! Wir brauchen Milch und Fleisch und keine Atombomben!“ — das war die Parole des Kongresses der Frauen Amerikas. Der Kongreß der Frauen Amerikas hat im Jahre 1949 mehrere Petitionen an das Weiße Haus gerichtet, die die Abschaffung des Taft-Hardley-Gesetzes und die Streichung der Militärkredite verlangen.

Kunterbuntes Allerlei

Das Telefon

Ein Indio, der in seinem Leben noch nie aus der Bergesamkeit der Sierra Madre in eine Stadt gekommen war, gelangte mit einer Abordnung in die Hauptstadt Mexiko-City. Verwirrend war für ihn das Vorhandensein von fließendem warmem und kaltem Wasser in den Hotels, die Wunder der elektrischen Beleuchtung, die tausenden Fahrstühle, aber völlig unfaßbar stand er vor dem Telefon.

„Ist es wirklich wahr, daß ich alles erhalten kann, wenn ich in diese Öffnung hineinspreche?“, fragte er seinen Begleiter, der ihm alles erklären sollte. „Kann ich mir durch dieses Telefon auch ein paar schöne Schuhe bestellen, wie Sie sie tragen?“

Als ihm seine Frage bejaht wurde, hob er vorsichtig den Hörer ab. Kaum aber hatte er den ersten Worten, die darauf an sein Ohr drangen gelauscht, als er entsetzt den Hörer fallen ließ: „Dios mios!“ schrie er, „bevor ich noch sagen konnte, daß ich ein Paar Schuhe wünsche, da fragt mich der da drinnen schon: „Welche Nummer?“ ...

Streit um ein künstliches Gebiß

In der nordamerikanischen Stadt Jopline (Montana) verklagte eine Frau ihren Ehemann, weil er die Auffassung war, er könne ihr künstliches Gebiß wegnehmen, wann er wolle — weil er es bezahlt habe. Das Gericht entschied zugunsten der Frau. Jetzt grollt der Mann, während seine Frau ihm die Zähne zeigt, die er bezahlt hat.

Spannende Hochzeitsnacht

In der südafrikanischen Stadt Durban klagte kürzlich ein jungverheirateter Mann auf Scheidung. Seine Frau, erklärte er, habe ihm in der Hochzeitsnacht verschiedene Forderungen gestellt. Sie habe die ganze Nacht hindurch aufrecht im Bett gesessen und folgendes verlangt: 1. Eine Hypothek auf sein gesamtes jetziges und künftiges Vermögen, 2. für den Fall seines Absterbens eine Lebensversicherung in Höhe von 10 000 Dollar und 3. eine Pistole. Als der Mann diese Forderungen nicht erfüllte, schloß sich die Frau in der zweiten Nacht im Badezimmer ein und verließ am anderen Morgen das Haus auf Nimmerwiedersehen. Die Ehe wurde geschieden.

Kulturnotizen

Prof. Hans Arnold, der Operndirektor der Dresdener Staatsoper, wurde eingeladen, im Frühjahr die Richard Strauss-Oper „Die schweigsame Frau“ an der Wiener Staatsoper zu inszenieren.

Die Salzburger Festspiele 1950 werden acht Konzerte der Wiener Philharmoniker mit Wilhelm Furtwängler, Hanns Knappertsbusch, Bruno Walter, Karl Böhm und Josef Krips bringen. Furtwängler wird Mozarts „Don Giovanni“ und Beethovens „Fidelio“ leiten.

Das Werk des Dichters Kuba, „Gedicht vom Menschen“, ist als erste deutsche Gedichtsausgabe nach dem Kriege jetzt in Prag erschienen.

In Peking ist ein Volkskunsttheater eröffnet worden. Die Direktorin, Li Po Chao, erklärte bei der Eröffnungsansprache, die Aufgabe des Hauses sei, der neuen Theaterkunst in der Hauptstadt Chinas zum Durchbruch zu verhelfen.

Häkeldeckchen aus Schnee

Von Bruno H. Bürgel



Blumenthal: Hockender

Es hat einen Mann gegeben, der fünfundzwanzig Jahre seines Lebens darangesetzt hat, Schneeflocken zu studieren. Er wollte vor allem herausbringen, weshalb die reizenden Schneesternen zu verschiedenen Zeiten ganz verschiedene Figuren zeigen, und er wollte all diese herrlichen Formen im Bilde festhalten. Er hatte sich ein Laboratorium geschaffen, in dem völlig die Außentemperatur herrschte, so daß die überaus zarten und vergänglichen Kristalle, die der Frost schafft, nicht gleich zerfließen. Auf kalte, schwarz gestrichene Fließtafeln wurden die Schneesterne aufgefangen: ein photographischer Apparat mit vergrößerten Lupen und eine gute Beleuchtungsvorrichtung erlaubten es, in wenigen Sekunden stark vergrößerte Bilder von den Sternen, die ja nur drei bis vier Millimeter breit sind, herzustellen. Auf diesen Bildern erst — die Schneesterne erscheinen hier in der Größe einer Handfläche — wird uns die Pracht, die unerhörte Schönheit, die erstaunliche Regelmäßigkeit der kleinen Gebilde deutlich die die Natur im Augenblick zu Millarden schafft. Manche sehen aus wie mit höchster Sorgfalt hergestellte Häkeldeckchen aus feinem weißen Garn, andere mit glitzernden Rosetten, wie Ordensterne aus Silber mit Brillanten besetzt. Von all diesen Feinheiten ahnen wir nichts, wenn wir durch den Schnee stapfen, der in den Großstädten nichts anderes ist als ein schnell misfarbig werdendes „Verkehrshindernis“, das den Ausgabetat der Straßenreinigung unerfreulich belastet.

Das Laboratorium war zugleich als meteorologische Station ausgebaut. Temperatur, Luftdruck, Luftfeuchtigkeit, Windstärke und -richtung wurden gemessen, und bei den Tausenden von Schneestern-Photogrammen wurden zugleich diese Wetterfaktoren notiert. So erst war es möglich, zu erkennen, daß bestimmte Sternformen bei bestimmten Wetterlagen wiederkehren. Zwei große Gruppen kann man vor allem unterscheiden: die kleinen Plättchen, ohne stark hervortretende Sternzacken, beinahe wie kleine Glättchen aussehend, und dann die mehr oder weniger kompliziert gebauten eigentlichen Sterne mit schönen, wieder in sich gegliederten Zacken. Die Plättchen fallen gewöhnlich bei scharfem Frost und Windstille aus großen Wolkenhöhen, die Strahlensterne aber zeigen sich zumeist bei geringem Frost, bei feuchter Luft und bei Wind. Sehr komplizierte, besonders herrliche, reich gegliederte Ordensterne fand man, wenn der Schneesturm über die Lande jagte.

Immer aber erstaunlichste Regelmäßigkeit, wie sie ein Glaskünstler, dem man den Auftrag geben würde, einen solchen Schneestern aus Glasplättchen und Zacken herzustellen, nur mit Hilfe komplizierter Maßvor-

richtungen bei sehr langer Arbeitszeit zu bilden vermöchte. Mutter Natur macht das in Bruchteilen einer Sekunde milliardennal!

Ernst Bloch über die Philosophie der Gegenwart

„Meine Philosophie ist meine Zeit in Gedanken gefaßt“, hat Hegel gesagt. Nur wenn man sich diesen Satz des größten aller bürgerlichen Philosophen vor Augen hält, ist es überhaupt möglich, Klarheit in das verwirrende Tohuwabohu der zahllosen philosophischen Systeme der Gegenwart zu bringen. Wir leben in einer Zeit des Überganges. Die gesellschaftlichen Kräfte, die den Abstieg verkörpern, haben mit ihrem ganzen Aufgebot an privilegierter Schulweisheit, ihrer uralten philosophischen Tradition und geübten Terminologie ein kunstvolles, ungemein kompliziertes Lehrgebäude aufgerichtet, das für normale Menschen überhaupt nicht mehr zu fassen ist.

In einem überaus gut besuchten öffentlichen Vortrag in Berlin gab Professor Ernst Bloch, Ordinarius der Universität Leipzig, einen Situationsbericht über den gegenwärtigen Stand der Philosophie. Bloch besitzt seit langem einen hervorragenden Namen in den Geisteswissenschaften.

Er zeigt, wie die Philosophie im vorigen Jahrhundert mit dem mechanischen Materialismus in eine totale Sackgasse geriet. Alles hatte man auf „den Affen und das Atom“ gebracht. Die Welt wurde zur Maschine, aber weiter ging es nicht. Dabei war noch so vieles ungeklärt. In zwei Wegen geht die philosophische Entwicklung dann weiter. Die eine Richtung des Fortschritts, des Aufstiegs, charakterisiert durch die Namen Hegel, Feuerbach, Marx, der dialektische Materialismus, der auch heute noch keineswegs vollendet ist, aber mit seinen Perspektiven in die Zukunft weist. Anders die Geisteshaltung der Bourgeoisie.

Schopenhauer, Wagner und Nietzsche sind ihre Wegsteine. Zeigten sie anfangs noch verschämte materialistische Reste, so wurde die Realität später immer mehr durch den dionysischen Aufstand des Dämonischen gegen die Vernunft verdrängt. Dieser Abstieg einer einst glanzvollen bürgerlichen Philosophie endet zwangsläufig im heutigen Zeitalter der allgemeinen kapitalistischen Krise, im geistigen Chaos.

Der Vortragende charakterisierte die vier bedeutendsten Richtungen der heutigen bürgerlichen Philosophie: den Positivismus zuerst. Ausgehend von der Naturwissenschaft vermathematisiert dieser alle Dinge und erklärt die Formeln und Modelle für die ganze Wirklichkeit. Die Welt ist für diese von Mach gegründete und besonders in den angelsächsischen Ländern verbreitete Geisteshaltung nichts weiter als ein Brei von Sinneseindrücken, die man sich so zurecht legt, wie man es gerade brauchen kann. Sie sehen keinen Zusammenhang in den Erscheinungen, keine Ordnung und keine objektive Wahrheit. Die Welt ist für sie eine praktische Rechenmethode, nichts weiter.

Etwas von Nietzsches mit seiner Brutalität, etwas Tarzan aus dem Urwald, das alles gemischt mit hinterwäldlerischem Münchener Maskenball: das ist die Lebensphilosophie von Ludwig Klages. Das „pulsierende Leben“, die Triebe und Instinkte sind ihr ganzes Idol. Fünftausend Jahre zurück zu Mythen und Sagen will sie, zu Blut und Boden. Absetzung der Vernunft durch Nebel und viel Rauch, eine Methode die schließlich bei Rosenberg landete. Der große Modeschrei der Dekadenz ist

der Existentialismus. Er hat einen bedeutenden Vertreter, Martin Heidegger, den ewig grübelnden Professor für Angst und Sorge. Das ist die Ausweglosigkeit des Kleinbürgers in seiner „Geworfenheit“ in ein Dasein, das er nicht mehr versteht. Angst, Tod, Verzweiflung sind seine Ideale. Eine untergehende Klasse sieht den Abgrund vor sich und starrt ihn voller Entsetzen an. Was dann bei Sartre übrig bleibt, ist das Nichts. Er kennt überhaupt keinen Halt mehr, keine Bindungen, keine Moral, keine Ethik, nichts.

Als letzte Anschauung erwähnt Professor Bloch den sogenannten Ontologismus, dessen Hauptvertreter Nicolai Hartmann ist. Die Ontologisten haben nun alles okkupiert, was je von Aristoteles bis Hegel von menschlichem Geist erarbeitet wurde, und es zu einem starren, leblosen System zusammengelappt. Die „Wissenschaft vom wahrhaft Seienden“ schachtet alles in die Etagen Materie — Leben — Seele — Geist und macht daraus einen schrecklich trockenen Apparat, der mit dem Leben überhaupt nichts mehr zu tun hat.

„Das alles sind Rückzugsgefechte eines sterbenden Denkens“, sagte Professor Bloch, „eine Apologetik des untergehenden Kapitalismus, der nicht mehr aus noch ein weiß.“ Demgegenüber ist die Philosophie des Marxismus eine Weltanschauung voller Zukunft. Drei Faktoren sind es, die sie besonders kennzeichnen: das Bekenntnis zum wissenschaftlichen Fortschritt, die Auffassung der Welt als von einem sich entwickelnden Prozeß und der Begriff der Hoffnung auf eine im Diesseits begründete bessere Gesellschaft. J.R.

Wie entfernt man Flecke

Fett- und Ölflecke müssen stets gründlich entfernt werden. Sie kommen sonst wieder zum Vorschein.

Aus sehr empfindlichen Stoffen entfernt man Fettflecke durch Auflösen eines Breies aus Magnesia und Benzin, der nach dem Trocknen abgerubelt wird.

Rasches Trocknen der gereinigten Stellen, etwa mit dem Föhn, verhindert die Bildung von Rändern.

Bierflecke entfernt man aus Leinen- und Wäschestoffen mit lauwarmem Salmiakwasser; aus Baumwolle, Wolle, Seide durch eine Mischung halb Wasser, halb Spiritus.

Weinfllecke: Fleckige Stelle in sehr heißer Milch tauchen, in warmem Seifenwasser herauswaschen; sehr alte Flecke mit stark verdünnter Ammoniaklösung behandeln!

Wasserflecke: Mit lauwarmen Mischung von 1 Teil Spiritus auf 2 Teile Wasser abreiben, heiß bügeln.

Tintenflecke: Leinen- Wäschestoffe in Milch legen, nachspülen. Wolle, Baumwolle mit stark verdünnter Ammoniaklösung ausreiben, nachspülen. Oft tut es auch Zitronensaft.

Blutflecke: Stark verdünntes Salmiakwasser. Empfindliches Gewebe: Brei aus Stärke auflösen, trocknen lassen, abklopfen.

Farbempfindliche Stoffe: 3prozentige warme Kochsalzlösung.

Eierflecke: Abbürsten, mit warmem Wasser nachspülen.

Essigflecke: Mischung von 1 Teil Salmiakgeist und 3 Teilen Wasser.

Grasflecke: Zitrone oder dünne Zinnsalzlösung.

Kaffee-, Tee-, Kakao-, Schokoladeflecke: Starkes Salzwasser. Empfindliche Stoffe: Wasser und Glycerin zu gleichen Teilen gemischt. Alte Flecke: in Buttermilch einweichen.

Obstflecke: Bei Leinen, Wäschestoffen, Wolle, Baumwolle mit Zitronensaft beträufeln, mit Seifenwasser nachwaschen. Bei Seide und Kunstseide mit lauem Boraxwasser ausreiben.

Rosinflecke: Kochender Zitronensaft, mit kaltem Wasser nachspülen. Außerdem verwendbar: Kleesalz, Salzsäure, Zinnsalz.

Parfümflecke: Betupfen mit Quillayarinde-Abkochung.

Rußflecke: Abreiben mit frischem Brot. Speckglatz auf dunkler Seide: Mit Tabakabkochung abreiben.

Stoßflecke: Mischung von 1 Teil Salmiak und 16 Teilen Wasser.

Zuckerflecke: Reines lauwarmes Wasser.

Das neue Gesetz

Aus dem Roman „Brand in der Polarnacht“ von Tichon Sjomuschkin

Ist erst ein Winter vergangen, seit du in unser Land kamst, und der Handel ist schon ganz anders geworden. Unsere Leute trinken jetzt Tee mit Zucker. Kein Gewehr hatte, hat jetzt eins, wer keine Fallen hatte, hat jetzt welche. Ueberall sagt das Volk: „Der Bärtige hat unsere Weißfische liebgewonnen und sie zu großen Warenbringern gemacht.“ Das Volk sagt, daß du wie ein guter Schamane ein herzenguter Schamane bist, der uns im Leben hilft. So spricht man von dir an der Küste. Jetzt aber sprichst du Dinge, die meinen Ohren unbegreiflich sind. Haben dich die schlechten Schamanen vielleicht verdorben? Du bist ganz anders geworden! Warum befehlst du, daß Umkatagen die letzte Bitte nicht erfüllt wird? Umkatagen ist ein guter Greis.“

Ermen war ebenfalls sehr erregt, aber er sprach leise, fast flüsternd. Sein Gesicht war mit Schweiß bedeckt. Er sprach abgehackt und machte Pausen, als verfolgte er, ob der Russe alles verstände, was er, Ermen, ihm sagte.

Loß ging auf ihn zu und erwiderte jetzt, ebenfalls beherrschend und leise: „Ermen, komm, setz dich her auf die Bank, ganz dicht neben mich!“

Ermen setzte sich erschrocken. „Hör mal zu, was ich dir sage! Hör gut zu! Umkatagen ist noch nicht sehr alt. Ich kenne ihn. Im vergangenen Herbst hat er auf der Waljagd noch die Baidara gesteuert. Wenn das Schiff kommt, heißt ein russischer Doktor sein Bein. Ich sage dir die Wahrheit. Ich werde den Kaufleuten befehlen, daß sie für die Baidaras Maschinen bringen, die sie ohne Ruder vorwärts bewegen können. Sie werden so schnell schwimmen wie ein Schoner. Und ich will, daß Umkatagen Augen dieses neuen Leben sehen. Ich sage dir die Wahrheit! Du hast selbst zugesehen, daß sich das Leben schon jetzt ein wenig verändert hat. Versteht du, was ich dir sage?“

„Ja“, erwiderte Ermen.

„In dem Großen Land gibt es einen weisen Mann. Er heißt Lenin“, fügte Andrej ein. Er hat uns den Weg zum neuen Leben gezeigt. Das alte Gesetz, das Gesetz Charlie Rotmans und Alikets, ist fortgeworfen und vernichtet worden. Ein neues Gesetz gilt jetzt, das den Menschen im Leben hilft.“

„Und dieses neue Gesetz verbietet es, alte Menschen zu töten“, sagte Loß wieder. „Man muß sie pflegen, für sie sorgen, ihr Leben erleichtern. Geh nach Hause, Ermen, und sage dem alten Mann: Loß will nicht, daß der alte Umkatagen stirbt.“ Sage ihm, daß ich noch mit ihm sprechen muß!“

Ermen seufzte schwer und entgegnete: „Ich weiß nicht!“

Er nahm seine Mütze und lief nach Hause. Die beiden Männer schwiegen. Loß ging im Zimmer auf und ab und sah von Zeit zu Zeit zum Fenster hinaus.

„Was meinst du, Andrej, haben wir ihn überzeugt oder nicht?“

„Nein! Du denkst, daß die Beseitigung überlebter Bräuche leicht ist? Du meinst, du kannst sie einfach nehmen und in die sozialistische Gesellschaft einführen?“ Andrej stand aufgeregt auf und schloß: „Nein, Nikita Sergejewitsch, dafür muß hier noch gearbeitet werden. Und wie! Mit viel Takt und Geschick!“

„Du bist etwas zu jung, um mir Lehren zu erteilen!“ rief Loß. „Ich packe den Stier bei den Hörnern.“

„Er wird ihn erwürgen!“ hörte er Andrejs Stimme hinter sich. „Dann zieh dich gleich an und komm mit in die Jaranga!“ sagte Loß entschlossen und machte auf dem Absatz kehrt. „Ich gehe nicht mehr von der Stelle, bevor ich nicht erreicht habe, was ich will.“

Am Eingang zur Jaranga stand ein Bursche. Er verstellte die Tür und sagte flüsternd:

„Man darf nicht hinein. Morgen.“

Mit Gewalt schob Loß den Burschen bei-

seite, bückte sich und schlüpfte ins Zeit. „Halt!“ schrie er aus voller Kraft. „Was machst du?“

Er riß den Riemen aus Ermens Hand und kroch über die Häute auf Umkatagen zu, um ihm die Schlinge vom Hals zu nehmen.

Sage ihnen, Andrej, du sprichst besser als ich, daß der böse Geist weder den alten Mann noch Ermen noch die anderen verfolgen wird. Er soll seinen Zorn auf mich übertragen. Ich habe sie daran gehindert, den Alten zu erwürgen.“

Andrej übersetzte, und die Menschen sahen sich ängstlich an. Sogar der Schamane zog sich erschrocken in eine Ecke zurück und warf den Russen gehässige Blicke zu. Niemand wagte es, den Mund aufzutun. Plötzlich richtete sich der auf Häuten liegende Umkatagen selbst auf und sagte mit dumpfer Stimme:

„Weshalb bist du hierher gekommen? Hat dich jemand gerufen? Geh fort, wahnsinnig gewordenen Mensch!“

Loß lächelte gutmütig und zog Pfeife und Tabak aus der Tasche. „Warte mal, alter Mann! Man muß doch eins rauchen!“

Der Alte sah ihn verwundert an und fand anscheinend keine Antwort auf diese unvernünftige Rede des bärtigen, russischen Vorgesetzten. „Komm, laß uns rauchen, alter Mann!“ sagte Loß und reichte ihm den Tabak.

Der Alte drehte ihm schweigend den Rücken zu.

„Komm, rauchen wir, Umkatagen! Ich schenke dir meine Pfeife.“ Und Loß schob dem Alten seine Pfeife in die Hand. Auf dem Gesicht des Alten zeigte sich ein gequältes Lächeln.

„Wie ein Kind ist dieser russische Vorgesetzte“, sagte er und hielt die Pfeife hin. Loß stopfte sie und reichte ihm ein brennendes Streichholz. Sie rauchten schweigend.

„Was soll jetzt werden?“ fragte Umkatagen den Schamanen.

Vor Aufregung und Angst vor dem bösen Geist Kele weinte der Alte leise. Er rauchte, und Tränen flossen über sein trauriges Gesicht.

Es war so viel Ungewöhnliches an dieser Lage, daß der Schamane selbst verwirrt war. Endlich zischte er aus seiner Ecke hervor: „Man muß schnell den Namen des Alten ändern, damit Kele ihn nicht erkennt. Man muß die Spur verwischen.“

„Was für einen Namen soll ich denn nehmen?“ überlegte Umkatagen laut. „Nimm einen russischen Namen an, Alter!“ sagte Andrej. „Dann verliert Kele die Spur ganz.“

„Jaja, das ist wahr! Kele wird keinen Russen suchen“, griff der Schamane Andrejs Vorschlag auf.

„Wie heißt der Russe, der das neue Gesetz ausgedacht hat?“ fragte Ermen. Loß wandte sich um.

„Lenin! Iljitsch!“

„So soll der Alte diesen Namen annehmen“, sagte Ermen.

Es war keine Zeit zu verlieren, und der Alte wurde sofort Iljitsch getauft.

„Hast du den Namen angenommen?“ fragte der Schamane.

„Jaja, ich habe ihn angenommen!“ sagte der Alte froh und aufgeregt.

Jetzt kam die Prüfung. „Umkatagen!“ rief Ermen. „Umkatagen!“ ertönte die Stimme des Schamanen.

Aber der Alte erchwieg. „Iljitsch!“ rief Ermen wieder. „Woj!“ sagte der frühere Umkatagen rasch.

„Umkatagen! Iljitsch! Umkatagen! Iljitsch!“ tönte es von allen Seiten.

Und jedesmal, wenn „Umkatagen“ gerufen wurde, herrschte Grabesstille im Zelt. Sobald aber irgendeiner „Iljitsch“ rief, zuckte der Alte zusammen und beeilte sich mit der Antwort.

„Also, Iljitsch, rauchen wir jetzt!“ sagte Loß vernünftig. So verschwand Umkatagen aus der Jaranga. Und ein ganz anderer Mensch wohnte jetzt darin — Iljitsch!

Die Korruptionsaffäre weitet sich aus

Leiter der „Organisation Rapp“ verhaftet - Warum durfte der Landtag nicht sprechen?

Im Zusammenhang mit den Untersuchungen in der Korruptionsaffäre May ist jetzt der Leiter der sogenannten „Organisation Rapp“ beim württemberg-badischen Befreiungsministerium „Andreas Rapp“ auf Veranlassung der württembergischen Landespolizei in München festgenommen worden. Die „Organisation Rapp“ ist ein privates Unternehmen, das im Jahre 1946 mit dem Aufbau des württemberg-badischen Befreiungsministeriums beauftragt war. Rapp war auch zeitweilig stellvertretender Befreiungsminister. (Iwb)

Mit der Verhaftung des Herrn Rapp, bei dem wir von seiner politischen Belastung einmal absehen wollen, hat der „May-Meyer“ getaufte Fall auch nach außen hin ein etwas anderes Gesicht bekommen. Er ist sozusagen in das zweite Stadium eingetreten, wobei allerdings auch heute noch nicht der Umfang der weiteren Entwicklung abgesehen werden kann. Rapp ist derjenige, der in staatlichen Behörden und in einer ganzen Reihe von Stadtverwaltungen (Stuttgart, München) die „Organisation und Reorganisation“ besorgte, der überall seine Finger mit drin hatte und auf diesem Wege man sieht, durchaus nicht mehr ungewöhnlichen Wege einen sehr großen

Einfluß besessen hat. Mit diesen Aufgaben wurde er von den verschiedensten höchsten und höchsten Stellen betraut.

Es zeigt sich, wie nötig gerade eine Stellungnahme des Landtags gewesen wäre, die allerdings, wie aus einer Erklärung des Präsidenten Keil zu entnehmen ist, auf Grund interfraktioneller Vereinbarung zwischen CDU und SPD unterblieb. Die Vertreter der beiden Fraktionen verzichteten auf eine Erörterung und gaben sich mit der Erklärung des Ministerpräsidenten, daß er die volle Verantwortung für das Verhalten Ministerialrats Ströle übernehme, zufrieden. So blieb die kommunistische Fraktion bei der Abstimmung über eine Debatte neben zwei sozialdemokratischen Abgeordneten allein.

Am gestrigen Tage befaßte sich das Kabinett mit dem Korruptionfall. Ueber den Inhalt der Beratung soll eine heute nachmittag stattfindende Pressekonferenz Aufschluß geben. Der amerikanische Soldatensender AFN soll, wie wir erfahren, mit den Beratungen des Kabinetts die Absicht einer „Beförderung“ des gegenwärtigen kommissarischen Leiters der Landespolizei, ORR. Hoffmeister, in Zusammenhang gebracht werden. (VS)

Auszahlung der Winterbeihilfe an Nachzügler

Karlsruhe. Die vorgesehene Zahlung der Winterbeihilfe an Nachzügler kann der großen Zahl wegen nicht bei der Wohlfahrtskasse, Amalienstr. 33, vorgenommen werden. Sie findet gleichfalls im

Stadtgarten-Restaurant von 8 bis 14 Uhr durchgehend statt und zwar am

Donnerstag, den 26. Januar, an die Empfänger der Buchstaben A-K,

Freitag, den 27. Januar, an die Empfänger der Buchstaben L-Z.

Die Beihilfe verfällt, wenn sie auch an diesen beiden Tagen nicht erhoben wird.

Der gelbe Haushaltsantrag ist unaufgefordert vorzulegen, die Kennkarte bereitzuhalten. Empfänger, die am persönlichen Erscheinen durch Krankheit oder wegen eines sonstigen wichtigen Grundes verhindert sind, können sich vertreten lassen. In diesem Falle ist neben dem gelben Haushaltsantrag die Vorlage einer einfachen Vollmacht notwendig.

Verdienstbescheinigungen, die dem Antrag nicht beigelegt worden sind, müssen am Zahlungstag vorgelegt werden.

Direktion der Wohlfahrtsverwaltung, Ernste Finanzlage Pforzheim

Pforzheim (LWB). Oberbürgermeister Dr. Brandenburg teilte in seiner Etatrede zum Nachtragshaushalt für das Jahr 1949 vor dem Pforzheimer Stadtrat mit, die finanzielle Lage Pforzheims sei sehr ernst. Sämtliche Reserven aus dem Jahr 1948/49 seien erschöpft. Nur durch die restlose Ausnutzung sämtlicher kleinsten Posten habe man erreicht, daß sich der Nachtragshaushalt und der ordentliche Etat in Einnahmen und Ausgaben ausgleichen. Eine weitgehende Rationalisierung der Verwaltung sei vorgesehen. Verschiedene Arbeits- und Geschäftsgänge innerhalb der Verwaltung müßten vereinfacht werden.

Nach längerer Debatte stimmte der Stadtrat der Auflösung des Ernährungsamtes zu. 41 Beamten und Angestellten dieses Amtes soll gekündigt werden.

Der Polizeibericht meldet:

Karlsruhe. Auf der Durlacher Allee streifte nach eingetretener Dunkelheit ein Kraftrad den Fahrer eines Kraftrades, der dieses ohne Licht auf der Fahrbahn abgestellt hatte und am Motor arbeitete. Beide stürzten und erlitten Prellungen und Schürfwunden.

In der Nacht erbrachen Diebe ein Verkaufshäuschen in der Hans-Thoma-Straße und entwendeten daraus Rauchwaren im Wert von 40 DM.

Ebenso wurden aus einem Kiosk auf der Kaiserstraße, dessen Türe aufgebrochen worden ist, Textilien gestohlen.

JACQUES ROUMAIN



VERLAG VOLK UND WELT BERLIN

22. Fortsetzung
„Lügereien“, brumpte Nerestan.
„Ich habe einen Schwur geleistet, Gevatter Nerestan, und es ist nicht meine Art, falsches Zeugnis abzulegen. Erinner dich; als wir kleine Bengels waren, nicht größer als so, da hat man dich beschuldigt, Maiskolben im Garten von Dorisca gestohlen zu haben, und ich bin hingegangen und habe gesagt, daß ich es gewesen bin, obwohl mir mein Vater mit der Peitsche die Haut vom Rücken gefetzt hat.“
„Das ist wahr“, rief Nerestan aus, wahrhaftig, du hast ein gutes Gedächtnis.“
Er lachte jetzt über sein ganz breites Maul und klatschte sich auf die Schenkel mit Schlägen, die einem Christmenschen hätten den Kopf zerschmettern können.
„Halt den Mund“, knirschte Gervilen wütend.
„Die Maiskolben da, die hatte ich gestohlen, um sie im Wald zu rösten, mit Josaphat und Pierrillis zusammen; damals teilten wir alles miteinander.“
(Das ist ein geschickter Mann, denkt Larivoire bewundernd. Er hat den Sturm abgewendet.)
„Ich war im Ausland“, fuhr Manuel fort, „und als ich zurückgekommen bin, habe ich Fonds Rouge durch die Dürre verarmt vorgefunden und versunken in einem Elend ohnegleichen.“
Er schlug eine Weile.
„Und ich habe seine Bewohner durch Uneinigkeit getrennt vorgefunden.“

Die Ablehnung lebte wieder auf. Die Gesichter der Bauern verschlossen sich. Manuel ging auf sein Ziel zu.
„Es gibt ein Mittel, sich aus der Trockenheit und aus der Not zu retten: das ist, über die Uneinigkeit hinwegzukommen.“
„Man kann niemals über Blut hinwegkommen“, schrie Gervilen. „Blut ist geflossen, Dorisca Blut. Er war mein Vater. Habt ihr das vergessen?“
„Und Sauveur ist im Gefängnis gestorben“, sagte Larivoire. „Die Schuld ist abgegolten.“
„Nein! Denn nicht ich habe ihn töten können mit meinen Händen, mit diesen meinen eigenen Händen!“
Eine frenetische Grimasse verzerrte Gervilens Gesicht. Seine Hände spreizten sich zu riesigen Spinnen.
„Gevatter Gervilen...“ begann Manuel.
„Nennen mich nicht Gevatter. Für dich bin ich nichts.“
„Alle Bauern gehören zusammen, alle bilden eine einzige Familie. Darum nennen sie sich auch untereinander Gevatter, Bruder, Vetter, Schwager. Einer braucht den anderen. Der einzelne kommt um ohne den Beistand des anderen. Das ist doch der Sinn der Arbeitsgemeinschaft. Die Quelle, die ich gefunden habe, verlangt die Zusammenarbeit aller Bauern von Fonds Rouge. Sagt nicht nein. Es ist das Leben selber, das jetzt befiehlt, und wenn das Leben befiehlt, muß man antworten: hier bin ich.“
„Gut gesprochen“, sagt Gille.
Das Leben befiehlt, war das nicht das gleiche, was Marianna gesagt hatte?
Josaphat erhebt sich: „Hier bin ich“, sagt er, „ich halte mit.“
„Sag mir doch, reicht das Wasser aus?“ fragt Ismael. „Mein Feld gab nämlich früher wohlgeährte dreißig Sack Mais.“
„Jeder wird genug erhalten für seinen Bedarf und zu seiner Freude.“
„Luder“, spie Gervilen und wandte sich so heftig zu Ismael, daß der nach seinem Messer griff.

„Ach, Gevatter Gervilen“, sagte er mit bedächtigem Kopfschütteln, aber auch mit wachsamem Biick, „du zügelst nicht genug deine Zunge. Du hast keine Achtung für deinesgleichen. Das wirst du eines Tages bedauern, ja.“
„So ein langweiliger Kerl“, sagte Mauleon.
„Ich sehe, ihr seid alle gegen mich.“
—Wolksecho — Roman
Gervilen sprach, wie wenn er klebrige Galle spuckte.
„Ihr habt euren Verstand für ein paar Tropfen Wasser verkauft.“
„Wenn es Clairin wäre, würdest du ihn gleich verkaufen, deinen Verstand.“
Gervilen schien nicht gehört zu haben, was Gille sagte.
„Was dich betrifft, Larivoire, du hast die Familie gut verteidigt. Danke, sag ich zu dir, danke, denn in Ansehung deines Alters will ich dir nicht, wie diese Bande von Schweinehunden, sagen, was ich von dir halte.“
Larivoire wurde ungeduldig: „Aber Gervilen, kannst du nicht einen Augenblick nachdenken, findest denn die Vernunft keinen Weg zu deinem Gehirn?“
„Nein, zum Henker, ich will nicht.“
Er ging auf Manuel zu. Zwei Schritte vor ihm blieb er stehen. Er betrachtete ihn lange, als ob er ihm Maß nehmen wollte, und sagte mit einem Lächeln, das seinen Mund zerrte: „Du hast zweimal den Weg von Gervilen Gervills gekreuzt. Einmal wäre schon zuviel gewesen.“
Und er erschwand in der Nacht.
Die Bauern fühlten sich befreit durch Gervilens Fortgehen. Sie atmeten leichter.
„Man könnte meinen, daß er von einem bösen Geist besessen ist, der Gervilen“, sagte Louise Jan-Pierre.
„Der Mann ist ein Schädling“, fügte Pierrillis hinzu.
Manuel hatte sich nicht von seinem Platz gerührt. Er schob Gervilen aus seinen Gedanken fort, wie man eine Mücke veruscheucht. Er wartete auf die Entscheidung der Bauern.

Das Recht des Heimkehrers auf einen Arbeitsplatz

Was der Heimkehrer über die z. Z. gültigen Rechtsbestimmungen wissen muß

Bis zur Verabschiedung des geforderten Heimkehrer-Betreuungsgesetzes (der Entwurf liegt einem Ausschuß des Bundestages vor) gelten für die heimgekehrten ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen nachstehende arbeitsrechtliche Bestimmungen:

1. Der Heimkehrer hat Anspruch auf seinen bis zur Einberufung innegehabten Arbeitsplatz. Dies regelt eine Verordnung vom 1.9.39, nach der Arbeitsplätze und Dienstverträge derjenigen, die zur Wehrmacht eingezogen wurden, nicht erlöschen, sondern lediglich ruhen.

Allerdings gibt es in dieser Verordnung Ausnahmen. Danach trifft dies nicht zu bei all denen, die vor Kriegsbeginn zum aktiven Wehrdienst eingezogen oder vor Kriegsausbruch der Wehrmacht, dem Arbeitsdienst u.ä. freiwillig beitreten. Dies trifft auch zu für diejenigen, die während des Krieges ihr früheres Arbeitsverhältnis selbst gekündigt haben, um sich in den aktiven Wehrmachtsdienst übernehmen zu lassen.

Nach einer anderen Verordnung vom 21.3.1940 und vom 29.1.43 erlischt der Anspruch auf den alten Arbeitsplatz bei all denen, deren Betrieb durch die Gewalt der Kriegereignisse ausgeombt oder stillgelegt wurde. Infolge dieser Verordnung sind die Beschäftigungsverhältnisse — auch der abwesenden Kriegsteilnehmer — ohne eine besondere Kündigung erloschen.

2. Der Heimkehrer hat, abgesehen von diesen Ausnahmestimmungen, nur dann Anspruch auf Weiterbeschäftigung, wenn er sich

nach seiner Rückkehr unverzüglich wieder zur Arbeit meldet, doch erlöschen die Arbeitsverhältnisse nicht vor Ablauf von drei Monaten nach der Rückkehr. Den gleichen Anspruch haben ehemalige Kriegsgefangene, die ein Zivil-Arbeitsverhältnis eingegangen waren, jedoch ist hier die Frist auf zwei Monate beschränkt.

3. Meldet sich der Heimkehrer, kann aber infolge Krankheit seine Tätigkeit nicht wieder aufnehmen, so hat er im Falle des Angestellten-Verhältnisses Anspruch auf Gehaltszahlung für 6 Wochen. Das gleiche gilt für angeordnete Erholungsaufenthalte. Erst nach Ablauf dieser 6-Wochen-Frist tritt die Leistungspflicht der Krankenkasse in Kraft.

4. Bei Nichtwiederbeschäftigung des Heimkehrers bedarf die Ablehnung der Weiterbeschäftigung der Zustimmung des Arbeitsamtes. Im Hinblick auf die besondere Schutzbedürftigkeit des Heimkehrers werden die Arbeitsgerichte für die Zeit der Rückmeldungen bis zum Ablauf der gesetzlichen Kündigungsfrist des Arbeitgeber zur Zahlung des Entgelts verpflichtet. Die Heimkehrer tun gut daran, wenn sie sich in solchen Fällen an die für ihren Beruf zuständige Gewerkschaft wenden.

5. Ein Heimkehrer, der an seinem früheren Arbeitsplatz nicht sofort weiter beschäftigt wird, hat das Recht, ein Zwischenarbeitsverhältnis an einer anderen Stelle anzunehmen, ohne daß dadurch das alte erlischt. Auch diese vorübergehende Tätigkeit zählt als Beschäftigung.

Im Spiegel der Zahlen

815 Verkehrsunfälle 1949

Heidelberg. Nach Mitteilung der Polizeidirektion der Stadt Heidelberg ereigneten sich in der Zeit vom 1. Januar 1949 bis 31. Dezember 1949 im gesamten Stadtgebiet 815 Verkehrsunfälle, während es 1948 nur 539 Unfälle waren. Durch die Unfälle wurden 8 Personen getötet, 327 schwer bzw. leicht verletzt, darunter 70 Kinder unter 6 Jahren. Viele der Verletzten haben zeitweilig an deren Folgen zu leiden. Bei diesen Verkehrsunfällen entstand ein Gesamtsach- und Materialschaden von DM 172 650.—

Zu geringe Sorgfalt der einzelnen Fahrzeugführer im Straßenverkehr ist in den meisten Fällen die Hauptursache der entstandenen Verkehrsunfälle. In nicht wenigen Fällen allerdings liegt die Ursache auch im disziplinenlosen Verhalten der Fußgänger begründet. Gegenüber 1948 beträgt die Steigerung der Un-

fälle 51,3 Prozent. Mit dem Geld des verursachten Gesamtschadens könnten 17 Zweifamilienwohnungen errichtet werden.

89 Selbstmorde und 61 Versuche

Bei einem Ueberblick, den die Landespolizei Nordbaden als Kriminalstatistik für das Jahr 1949 herausgab, sind insgesamt 89 Selbstmorde und 61 Selbstmordversuche verzeichnet. Nach den Feststellungen der Landespolizei wurden im letzten Jahr 18743 kriminelle Vergehen festgestellt.

Die Kriminalität im Jahre 1949 hat im Vergleich zu dem Jahre 1948 bei den Delikten des Betrugs um 922 Fälle, der Sittlichkeit um 407 Fälle, der Brandstiftung um 79 Fälle und der Tötung, Raub und Erpressung um über 50 Prozent zugenommen. Eine erhebliche Zunahme ist weiter bei den Raubschiff- und Falschgeld-Delikten festzustellen.

UMSCHAU IM LANDE

VVN-Nachrichten

VVN Bezirksgruppe Süd. Jahresversammlung am 25. Januar im „Auerhahn“. Beginn pünktlich 20 Uhr. Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

VVN Kreisstelle Karlsruhe. Ab sofort befindet sich unsere Geschäftsstelle in der Leopoldstr. 7a part. Eingang durch den Hof.

Die Geister, die man rief...

Ludwigsburg (Iwb). Die Ludwigsburger Kriminalpolizei nahm dieser Tage einen 38jährigen Grenzänger aus der Deutsch-Demokratischen Republik fest, der sich in Ludwigsburg seit November vergangenen Jahres mehrere Darlehen erschwindelt und verschiedene Quartiergeber um ihre Miete betrogen hatte.

Immer wieder bestätigt es sich, daß es sich bei den sogenannten „politischen Flüchtlingen“ um kriminelle Elemente handelt.

14jähriger Junge vergewaltigt 11jährige

Eßlingen (LWB). „Willst du einmal meine Hasen sehen?“ fragte dieser Tage ein 14jähriger Junge aus Eßlingen ein elfjähriges Mädchen, lockte es an einen abgelegenen Ort und

vergewaltigte es. Der Unhold konnte noch am gleichen Tag festgenommen werden. Bei der Vernehmung gab er an, bereits im November und Dezember vergangenen Jahres an einem zehn- und einem zwölfjährigen Mädchen Notzuchtversuche unternommen zu haben. Wenn ein Mädchen zu weinen anfing oder sich zur Wehr setzte, steckte er ihm ein Taschentuch in den Mund und bedrohte es mit einem Taschenmesser.

Wie sich im Verlauf der Vernehmung herausstellte, hat der Junge seinen Vater mit 9 Jahren verloren. Mit 12 Jahren mußte er aus der Volksschule ausscheiden und in einer Hilfsschule unterrichtet werden. Aus 2 Lehrstellen wurde er vorzeitig entlassen. Von seiner Mutter soll er oft unmäßig bestraft worden sein.

Die Narredei hat begonnen

Ispringen bei Pforzheim. Mit zwei großen Maskenbällen wurde in Ispringen die Narredei eingeleitet. Der 1. FC Ispringen hatte seine Anhänger in den Saalbau zum „Adler“ eingeladen und in der geräumigen Turnhalle trafen sich die Freunde des Turnvereins.

gungsdauer im Sinne des Angestellten-Kündigungsschutz-Gesetzes vom Jahre 1926.

6. Der Heimkehrer hat nicht nur Anspruch auf sein bis zur Einberufung bezogenes Entgelt, sondern auch auf die Tarifierhöhungen und Zuschläge, jedoch nur dann, wenn er gewerkschaftlich organisiert ist.

7. Lebrlinge und Volontäre haben ebenfalls Anspruch auf Weiterbeschäftigung. Die Verordnung 1056 über die Erhöhung der Erziehungsbefehle im Handwerk, Handel und Industrie gilt auch für Heimkehrer, die ihre unterbrochene Lehre beenden wollen. Sie erhalten zusätzlich aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung einen monatlichen Zuschuß von 40 DM (Näheres über das Arbeitsamt zu erfragen). Nach Wiederaufnahme der Arbeit unterliegt der Heimkehrer den üblichen Kündigungsfristen, jedoch soll er bei der Erhaltung des Arbeitsplatzes gegenüber Nichtheimkehrern den Vorrang haben.

9. Wird eine Kündigung ausgesprochen, so muß der Heimkehrer, wie jeder andere, innerhalb von acht Tagen beim Betriebsrat schriftlich Einspruch erheben. Nach der gesetzlichen Notfrist von 21 Tagen kann er beim Arbeitsgericht Klage auf Widerruf einreichen. Die Klage kann unmittelbar beim Arbeitsgericht zu Protokoll gegeben oder über die zuständige Gewerkschaft eingereicht werden.

10. Der Anspruch auf Weiterbeschäftigung besteht auch dann, wenn auf dem alten Arbeitsplatz eine Ersatzkraft tätig ist. Arbeitsrechtlich gesehen müßte der alte Arbeitsplatz für den Heimkehrer freigemacht werden.

Die Heimkehrer wissen aus Erfahrung, daß trotz dieser bestehenden Bestimmungen die praktische Verwirklichung anders aussieht als auf dem Papier steht. Und trotzdem sind diese gesetzlichen Bestimmungen, die in der Praxis nur in geringem Maße eingehalten werden, noch völlig unzureichend für die Belange und berechtigten Forderungen der Heimkehrer. Darum geben sich die Heimkehrer heute nicht mehr zufrieden mit propagandistischen Reden über das „harte Los“ der Kriegsgefangenen, sondern drängen auf Verwirklichung ihrer gestellten Forderungen.

Wie lange noch der Bundestag benötigt, um das neue Heimkehrer-Betreuungsgesetz zu verabschieden, wissen wir nicht, doch wird dies nicht zuletzt auch von dem geschlossenen Auftreten der Heimkehrer abhängen. Bis dahin muß er sich mit den jetzt geltenden Bestimmungen vertraut machen, um sich die wenigen Rechte, die er heute hat, wenigstens zu sichern.

Wer bekommt den Ball?



Wieder wird Müller vom Hamburger Verteidiger Appel beschattet, während Adamkiewicz gespannt zusieht

Natürlich stimmten sie zu, die Bauern, aber sie konnten doch nicht so blitz-blatz antworten. Das hätte zu happig ausgesehen. Und es war trotz allem nicht nötig, daß dieser Manuel glaubte, er hätte die Partie so leicht gewonnen. Man hatte doch seine Würde, nicht wahr?
Schlau, wie er war, hatte Larivoire gemerkt, welche Wendung die Dinge nahmen: „Du bist in aller Ehrbarkeit gekommen, und wir haben dich angehört. Aber es ist noch zu früh, ja oder nein zu sagen. Warte bis morgen, mit Gottes Hilfe: ich werde dir selbst die Antwort bringen.“
„Ich bin schon jetzt einverstanden“, sagte Gille.
„Ich habe gesagt: hier bin ich“, sagte Josaphat.
„Ich bin nicht dagegen“, sagte Pierrillis.
„Ich auch nicht“, sagte Ismael.
Aber die anderen schwiegen.
„Du siehst“, sagte Larivoire, „es sind welche hier, die sich noch nicht entschieden haben. Ohne dich vor die Tür setzen zu wollen: wir möchten die Sache noch unter uns prüfen. Dank für deinen Besuch, Bruder.“
„Du hast Worte gesprochen, Larivoire, die zu hören eine Freude war. Auch ich sage euch Dank, liebe Brüder. Und wenn Gervilen hierher zurückkommt, sagt ihm bitte, daß ich keinen Haß gegen ihn habe, hier hab ich meine Hand darauf, und es ist eine Hand, die Welt öffnet ist für den Frieden und die Versöhnung.“
Nerestan erhob sich, er schritt schwerfällig auf Manuel zu. Sein Kopf berührte beinahe das Dach der Laube, seine Schultern versperrten vier Bauern die Sicht. Was für Holzackerer wären wohl nötig, solch einen Mann zu fällen, dachte Manuel, als er ihn herankommen sah.

„Vetter Manuel, ich hatte die Geschichte mit dem Mais vergessen. Ein Neger ist nicht undankbar; Gott sei Dank, Nestor Nerestan ist nicht undankbar.“
Er bot Manuel seine riesenhafte Hand. Manuel nahm sie. Eine fürchterliche Kraft steckte in diesen starken Fingern, die knorrig waren wie Rinde.
„Ich grüße dich“, sagte Manuel.
„Ich grüße dich“, antwortete Nerestan.
Mit gleicher Bewegung legten sie die Hand an die Stirn.
„Ich bin dein Diener“, sagte Nerestan.
„Ich bin dein Diener“, antwortete Manuel.
Und Larivoire legte ihm die Hand auf die Schulter: „Geh mit Gott, mein Sohn, du bist ein guter Mensch. Ich komme morgen am Vormittag zu dir.“
„Adieu, adieu, Larivoire“, sagte Manuel.
„Nimm diesen Klenspan, er wird dir den Weg beleuchten.“
Larivoire reichte ihm den angezündeten Span, aus dessen Flamme ein Rauchfaden aufstieg, der einen Duft von Harz verbreitete.
„Deine Lebenswürdigkeit ist sehr groß“, dankte Manuel. „Also, Vettern, adieu auch.“
Diesmal grüßten ihn alle: ihre Stimmen zögerten nicht mehr, sie hatten einen freundschaftlichen Klang.
Manuel durchschritt die Barriere; er ging auf der Landstraße; die Fackel warf ein wenig Licht um ihn her; ein Mauerstück trat aus dem Schatten; ein überraschendes Schwein, das sich in den Disteln niedergelassen hatte, entfloß grundend; Manuel schritt leichten Herzens dahin. Welch ein Sternengarten war der Himmel, und die Mond-sichel glitt blitzend und scharf darüber hin, daß die Sterne fallen mußten wie gemähte Blumen.
„Ich bin sicher, daß Larivoire morgen gute Antwort bringen wird. Du hast deine Pflicht getan, du hast deine Mission erfüllt, Manuel: das Leben wird wieder auferstehen in Fonds Rouge, und jetzt kannst du das Haus bauen, drei Türen wir des haben, ich wiederhole, zwei Fenster, eine Galerie mit Balustrade und einen kleinen Perron. Der Mais wird so hoch wachsen, daß man es von der Straße nicht sieht.“
Er ging an der Hecke von Annaises Hof entlang.